

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Verl.: Wobhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Poltschekonto: Berlin 37 133. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Tel. V. u. D. D. - 61. Depostkont. 3. Jerusalemstr. 65-66.

Wochensatz 86 Pf., monatlich 2,60 M.  
Abon. 55 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus im Voraus zahlbar.  
Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postgebühren für Auslandabonnenten 6.— M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Druckgebühren 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal. Die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Mehrere Sonntagsbeilagen „Voll und Zeit“.

Die einseitige Kampfbroschüre 60 Pf. Neufassung 3.— M. „Kleine Anzeigen“ das letzte Heft 25 Pf. (schließen zwei letzte Heft), jeder weitere Heft 12 Pf. Rabatt 10. Letzt. Heftausgabe das erste Heft 15 Pf. jeder weitere Heft 10 Pf. Warte über 15 Wochen zahlen für zwei Heft. Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht geeigneter Anzeigen vor.

# Die Fraktion beschloß: Wirksamen Kampf gegen Lohndruck und Faschismus.

Mittwoch, 11 Uhr Vormittag, tritt der Aeltestenrat zusammen, um zu entscheiden, ob der Reichstag noch vor Weihnacht einberufen werden soll. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird gegen seine Einberufung stimmen, die Gründe dafür sind ausführlich in einer Entschliessung niedergelegt, die wir an hervorragender Stelle wiedergeben.

Für einen großen Teil des deutschen Volkes bedarf dieser Beschluß kaum einer näheren Begründung. So werden z. B. die meisten Geschäftsleute der Meinung sein, dieser Reichstag könnte ihnen durch seinen Zusammentritt höchstens das bisherige Weihnachtsgeschäft verderben, aber sonst könne er nichts. In der Tat sind die Möglichkeiten, in diesem Parlament etwas Vernünftiges zu schaffen, außerordentlich gering. Ein sachlicher Wille, den Interessen breiter Volksmassen zu dienen, ist außer in der Sozialdemokratie höchstens noch in einigen Schichten der Mittelparteien zu finden. Auf der äußersten Rechten und Linken fehlt er vollständig.

Wenn die Sozialdemokratie falsche Maßnahmen bekämpft, so tut sie das zu dem Zweck, sie durch bessere zu ersetzen. Wenn sie eine Regierung stürzt, so will sie, daß eine bessere an ihre Stelle tritt. Die Verantwortungslosen von ganz rechts und ganz links denken ganz anders. Sie wollen wohl zur Macht kommen, sehen aber den Weg dahin nur durch ein blutiges Durcheinander. An Stelle des Zustandes, den die Notverordnung schafft, wollen sie keinen besseren sondern zunächst einen noch viel schlimmeren. Ihre Geschäfte zu befragen ist die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht da.

Wenden sich die Verhältnisse, so ändert sich die Taktik. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sieht jetzt in einer Einberufung des Reichstags nur Schaden, keinerlei Gewinn. Es kann aber eine Situation eintreten, in der sie sich anders entschließt. Das wäre besonders dann der Fall, wenn sich herausstellen sollte, daß die Regierung das Versprechen, das sie den Arbeitern gegeben hat, nicht halten will. Die Regierung hat anerkannt, daß die neuen Lohnsenkungen nur dann aufrechtzuerhalten sind, wenn die Kosten der Lebenshaltung in gleichem Maße sinken. Die Regierung soll also dafür sorgen, daß sie jetzt wirklich die Preise heruntreibt. Sonst wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sie sehr entschieden an ihr Wort erinnern.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert schon jetzt Befestigung der besonderen Härten, die die Notverordnung für einige Arbeiterkategorien mit sich bringt. Man wird dabei vor allem an die Gemeindearbeiter und die Bergarbeiter denken, aber auch andere kommen in Betracht. Dabei ist festzustellen, daß die Bestimmungen der Notverordnung die Arbeitgeber keineswegs zu Lohnsenkungen in dem angegebenen Maße zwingen. Die Bindungen der Verordnung können durch private Abkommen ersetzt und verändert werden.

Bei alledem war sich die Fraktion klar darüber, daß es im Lohnkampf um eine Entscheidung für Monate geht, im politischen Machtkampf aber um eine Entscheidung für Jahre. Es ist ein ehrenvolles Zeugnis für die politische Reife der Arbeiterklasse, wenn jetzt überall immer wieder erklärt wird: „Wir sind bereit, für einige Zeit auch Entbehrungen zu ertragen, wenn nur der Kampf gegen den Faschismus bis zum entscheidenden Sieg geführt wird!“ In solchen Erklärungen, wie sie jetzt jeder hört, der im Betrieb oder in Versammlungen mit Arbeitern zusammenkommt, offenbart sich nicht nur politische Schulung, sondern auch ein sehr gefunder Klasseninstinkt. Denn, fällt im politischen Machtkampf die Entscheidung zugunsten der Arbeiterklasse, dann wird jedem Zurückweichen im Lohnkampf ein neues Vorrücken folgen. Fällt sie aber zugunsten des Faschismus und damit zugunsten des rückständigsten und brutalsten Teils der Kapitalistenklasse, so gibt das eine neue Lohnkatastrophe, die nur mit den furchtbarsten Opfern — und wieder nur im politischen Machtkampf — gebrochen werden kann.

Die Entscheidung der Reichstagsfraktion will also vor allem auch als ein taktischer Zug im politischen Machtkampf

verstanden werden. Es ist möglich, daß das richtige Verständnis dafür nicht von vornherein in allen Kreisen vorhanden ist, und es ist richtig, daß das Fehlen dieses Verständnisses eine gewisse Gefahr bedeutet. Daraus ergibt sich jetzt, nachdem die Reichstagsfraktion entschieden hat, nur eine Folgerung: Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, alles zu tun, um den Gründen, die die Fraktion zu ihrem Verhalten bestimmen, allgemeine Anerkennung zu verschaffen. Nachdem die Reichstagsfraktion für diesmal entschieden hat, wäre es nicht bloß zwecklos sondern schädlich, darüber zu streiten, ob sie nicht anders hätte entscheiden sollen. Wir leben jetzt nicht

unter normalen sondern unter höchst ungewöhnlichen Verhältnissen; sozusagen auf höchster Alarmstufe.

In einer solchen Situation bedeuten die schönsten Gründe für eine andere Taktik, die man hätte wählen sollen, wenig, Einigkeit, Disziplin und Liebe zur Partei aber alles!

In diesem großen Machtkampf, der sich auf breiter, nicht leicht übersehbarer Front abspielt, gilt es vor allem die Organisationen der Arbeiterbewegung zu verteidigen und zu festigen. Wenn dies gelingt — und daß es gelingt, liegt zum großen Teil in der Hand jedes einzelnen von uns — bleibt uns der Sieg gewiß!

## Der Beschluß der Fraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich am Montag in einer mehrstündigen Sitzung mit der durch den Erlass der neuen Notverordnung geschaffenen politischen Lage beschäftigt. Die Fraktion stimmte folgender Entschliessung zu:

Die Notverordnung vom 8. Dezember ist von einer Regierung erlassen, der kein Sozialdemokrat angehört. Die Einsprüche der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen Eingriffe in das Tarifrecht und neue Lohnsenkungen, wie auch das Drängen der Gewerkschaften nach Arbeitsbeschaffung, blieben ohne Wirkung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion lehnt daher jede Verantwortung für jene Teile der Verordnung ab, die eine neue Belastung der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit sich bringen. Sie erhebt gegen die Eingriffe in das Tarifrecht, gegen die Senkung der Löhne, Gehälter und Sozialrenten schärfsten Protest.

In ihrem Bestreben, die schädlichen Bestimmungen der Notverordnung durch erträgliche zu ersetzen, findet die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei den Parteien der verantwortungslosen Opposition keine Unterstützung. Sie kann nicht mit ihnen eine Regierung bilden, die die Verordnung vom 8. Dezember durch eine bessere ersetzt. Denn es geht jenen Parteien nicht um den Schutz der Interessen der leidenden Volksmassen, sondern um die Verfolgung ihrer machthungrigen Zwecke mit dem

Endziele einer Zerstörung der politischen Rechte und Freiheiten des deutschen Volkes.

Ein Aufhebungsbeschluß des Reichstags kann deshalb eine praktische Wirkung nicht haben. Eine politische Krise im gegenwärtigen Augenblick würde aber nur die Verwirrung steigern, die Verhandlungen mit dem Ausland zum Stocken bringen, die Wirtschaftskrise und mit ihr das Massenelend verschärfen.

Zum Kampf gegen die Bedrohung der politischen und sozialen Erziehung der Arbeiterklasse müssen sich alle Kräfte der Arbeiterbewegung vereinen.

Vor allem ist es notwendig, die besonderen Härten, die die Notverordnung für einige Arbeiterkategorien mit sich bringt, zu beseitigen.

Durch stärksten Massendruck muß dahin gewirkt werden, eine Verbilligung der gesamten Lebenskosten zu erreichen, die zu den Lohnkürzungen den notwendigen Ausgleich schafft.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nimmt ausdrücklich Kenntnis von der Erklärung, die die Reichsregierung in der Einleitung der amtlichen Verlautbarung über die Notverordnung abgegeben hat, in der es heißt:

„Die schicksalhafte Verbundenheit von Löhnen und Preisen bleibt selbstverständlich auch für die Zukunft erhalten. Sollten

## Kreismitgliederversammlungen

Heute, Dienstag, den 15. Dezember, 19½ Uhr:

- 2. Kreis Tiergarten. Arminiushallen, Bismarckstr. 72/73. — Referent: Dr. Paul Herz, M. d. R.
- 11. Kreis Schöneberg. Lokal Piccadilly, Oberstraße, großer Saal. — Referent: Parteivorstand Hans Vogel, M. d. R. — Engerer Vorstand und Abteilungsleiter treffen sich eine halbe Stunde vor der Versammlung im Lokal Oberstr. 18.
- 20. Kreis Reinickendorf. Schützenhaus, Reinickendorf-Ost, Refidensstr. 1. — Referent: Franz Künstler, M. d. R.

Morgen, Mittwoch, den 16. Dezember, 19½ Uhr:

- 1. Kreis Mitte. Haasehof Hof, Rosenthaler Str. 40/41. — Referent: Vorsitzender des Landarbeiterverbandes Georg Schmidt.
- 4. Kreis Prenzlauer Berg. Großer Saal des Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichshain 116-123. — Referent: Parteivorstand Arthur Crispian, M. d. R.
- 5. Kreis Friedrichshain. Andreasfesthalle, Andreasstraße 21. — Referent: Frau Clara Bohm-Schuch.

6. Kreis Kreuzberg. Rabes Festhalle, Fichtestr. 29. — Referent: Carl Lisse, M. d. R.

7. Kreis Charlottenburg. Türkisches Zeit, Berliner Str. 53.

Donnerstag, den 17. Dezember, 19½ Uhr:

- 15. Kreis Treptow. Lokal „Zum Anshäuser“, Niederhöfenweide, Berliner Str. 91. — Referent: Frau Mathilde Wurm.
- 17. Kreis Lichtenberg. 19 Uhr im Cäcilien-Verein, Rathausstraße. — Referent: Dr. Kurt Löwenstein, M. d. R. — Türkontrolle: 119. Abteilung.

Freitag, den 18. Dezember, 19½ Uhr:

- 3. Kreis Wedding. Pharusäle, Müllerstr. 142. — Referent: Dr. Julius Moses.
- 9. Kreis Wilmersdorf. Viktoriengarten, Wilhelmstr. 114/115. — Referent: Friedrich Stampfer, M. d. R.
- 14. Kreis Neukölln. Bergschloßhöhe, Narrogartenstr. 6-11. — Referent: Kurt Heintz, Auktion, Kreisfunktagkonferenz.
- 16. Kreis Köpenick. Stadttheater, Köpenick, Friedrichstr. 6. —

Thema in allen Versammlungen:

## „Die politische Lage und die neue Notverordnung“

Das Parteimitgliedsbuch ist in allen Versammlungen zur Kontrolle vorzuzeigen.



heute noch) nicht übersehbare Umstände eintreten, die diese Wechselbeziehung zwischen Löhnen und Preisen wesentlich verändern, so wäre eine neue Lage entstanden. Gerade um eine unerschütterliche Schutzmauer der Kaufkraft des deutschen Volkes zu vermeiden, wird die Reichsregierung es als ihre vornehmste Pflicht ansehen, darauf zu achten, daß der jetzige Stand von Löhnen und Gehältern nur bei einem entsprechend tiefergehaltenen Stande aller Preise aufrechterhalten bleiben kann."

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt ausdrücklich, daß auch für sie eine neue Lage entstanden sein wird, wenn sich herausstellt, daß die Senkung der Preise mit jener der Löhne nicht Schritt hält. Sie behält sich für diesen Fall ihre weiteren Entschlüsse vor.

Die Notverordnung stellt einen starken Eingriff in alle Preisverträge dar und bedeutet grundsätzlich die Anerkennung, daß Privatrecht hinter das Gemeinwohl zurücktreten muß. Sie bietet selbst den besten Beweis dafür, daß die Krise des kapitalistischen Systems mit Mitteln des Kapitalismus nicht mehr beseitigt werden kann. Aber ihre Angriffe entsprechen nicht den Forderungen einer planmäßiger zu gestaltenden Produktion.

Eine durchgreifende und dauernde Besserung ist nur durch eine völlige Hebertwindung der kapitalistischen Gesellschaft durch den Sozialismus möglich.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert deshalb eine Wirtschaftspolitik, die die gemeinwirtschaftlichen Tendenzen fördert und gegen die kapitalistischen Monopole das Interesse der Allgemeinheit rücksichtslos durchsetzt.

Eine der Ursachen für die ungeheure Verwirrung der Weltwirtschaft besteht in der Kriegsschuldung der Staaten untereinander und ganz besonders in dem System der deutschen Reparationszahlungen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert im Sinne der Beschlüsse der Sozialistischen Arbeiterinternationale die Befreiung des deutschen Volkes von unerträglichen Lasten.

Das Streben nach einer entscheidenden Erleichterung der deutschen Auslandsverpflichtungen wird durch das Treiben des Nationalsozialismus, dieses schlimmsten Feindes der deutschen Nation, aufs empfindlichste geschädigt. Die Reichsregierung verliert nach innen und außen jegliche Autorität, wenn es ihr nicht gelingt, diesem Treiben einen festen Damm entgegenzusetzen.

Die Arbeiterklasse aber muß alle ihre Kräfte einsetzen, um ihre Organisationen durch die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Krise hindurchzuführen und den Ansturm des Faschismus zurückzuschlagen. Einigkeit und Disziplin, Wachsamkeit und unablässige Arbeit für die Stärkung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften ist das Gebot der Stunde!

## Gewerkschaften bei Brüning.

Um die Notverordnung.

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ meldet: Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften aller Richtungen wurden am Montagmorgen von dem Reichskanzler zu einer Besprechung über den Inhalt der neuen Notverordnung empfangen. Die Gewerkschaften äußerten im Verlauf der Besprechung gegen zahlreiche Bestimmungen der Verordnung starke Bedenken und ersuchten den Reichskanzler um Maßnahmen zur Abhilfe. Der Reichskanzler sagte entsprechende Erwägungen zu.

Man wird kaum fehlgehen mit der Annahme, daß sich die Aussprache um die Erklärung der Reichsregierung gedreht hat, die in der Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wiedergegeben ist. Diese Erklärung enthält das Versprechen, daß der durch die Notverordnung fixierte Stand der Löhne und Gehälter nur bei einem entsprechend tiefergehaltenen Stand der Preise aufrechterhalten werden soll. Das Bestreben der Gewerkschaften wie auch der sozialdemokratischen Partei geht dahin, die Reichsregierung bei diesem Versprechen festzuhalten. Man darf wohl annehmen, daß der Reichskanzler die entsprechenden Zusicherungen gegeben hat.

Heute tritt der Bundesausschuß des ADGB zusammen. Der Bundesausschuß des ADGB tagt morgen.

## Krach bei Hitler.

Die Schwerindustrie kommandiert — Hitler gehorcht.

Im Führerkreis der Hitlerpartei hat es einen schweren Krach gegeben. Hitler fürchtet, den Rückhalt der Schwerindustrie zu verlieren, wenn er weiter die Gregor Straßer und Goebbels und Frick den offenen Kurs gegen die Legalität vertritt.

Am Donnerstag erhielt Hitler den Besuch der Herren Thyssen und Röckner. Auf Grund dieser Konferenz hat Hitler seine Antwort an den Reichskanzler nochmals überprüft. Dagegen haben Goebbels und Straßer leidenschaftlich Einspruch erhoben. Am Sonntagabend fand im Hotel Kaiserhof eine Besprechung Hitlers mit den wilden Männern statt, bei dem es zu einem schweren Krach gekommen sein soll.

Hitler ist unmittelbar darauf nach München zurückgefahren. Er hat dem Vernehmen nach seinem politischen Vertreter Göring Vollmachten für die Erledigung des Krachs mit Gregor Straßer und Goebbels gegeben.

Das sind die Leute, die Deutschland regieren wollen!

## Sie pfeifen auf die Notverordnung.

Durchbrechung des Uniformverbotes in Braunschweig.

Braunschweig, 14. Dezember. (Eigenbericht.)

In der Montagmorgens des Braunschweiger Landtags marschierte die gesamte Fraktion der Nationalsozialisten in Uniform (mit gelbem Hemd, Armbinde, Abzeichen, Koppel und Schulterriemen) in den Sitzungssaal.

Die Notverordnung vom 8. Dezember bedroht jeden, der außerhalb der eigenen Wohnung mit einem politischen Abzeichen und in einheitlicher Kleidung betroffen wird, mit Gefängnis nicht unter einem Monat. Der Polizeiminister Klages veranlaßte nichts zur Durchführung der Verordnung. Der Nazipräsident des Landtags war in Zivil erschienen, trug aber sein Parteiabzeichen.

# Reichsgelder für Ladendorff-Bank.

Der Zusammenbruch der Bank für Handel und Grundbesitz.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages beschäftigte sich am Montag mit dem Zusammenbruch der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz. Es lag der kommunistische Antrag vor, daß Preußen die Bürgschaften für die Einlagen und Guthaben von Kleingewerbetreibenden, Handwerkern, Kleinstadlern und sonstigen Minderbemittelten (Angestellten, Beamten, Angehörigen freier Berufe) bei der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz übernehmen und ferner die Mittel zur Verfügung stellen solle, die erforderlich sind, um die Beträge auszahlen zu können, die von den genannten Personen zur Aufrechterhaltung ihrer Existenz benötigt werden.

Ein Vertreter des Handelsministeriums teilte mit,

daß der Zusammenbruch in der Hauptsache zurückzuführen sei auf die insolide und ungefehlige Handhabung der Geschäfte.

Der gestohlene Direktor Seiffert sei der ausschlaggebende Aktionär und zur alleinigen Vertretung der Gesellschaft berechtigt gewesen. Er sei unumschränkter Herr gewesen, die Revision wurde auch durch ihn ausgeübt. Niemand habe sonst etwas zu sagen oder zu prüfen gehabt. Die jetzige Revision nach dem Zusammenbruch sei durch die Revisions- und Treuhändergesellschaft erfolgt, nicht durch die Dresdner Bank. Die Debitoren des Herrn Seiffert seien zum größten Teil Schwindel. Wirkliche Mittelstandskredite seien nur etwa 5% Millionen Mark gegeben worden. Für uneinbringliche Forderungen seien keine Abschreibungen vorgenommen worden. Zinsen, die nicht eingingen, wurden dem Kapital zugeschrieben und so akkumuliert. Es habe eine Wirtschaft geherrscht, die notwendig und unausweichlich zum Zusammenbruch hätte führen müssen. Im Zusammenhang mit der Krise sei eine starke Entwertung der Werte eingetreten.

Trotzdem seien noch 10 Proz. Dividende verteilt worden. Seiffert habe sich überhaupt nicht als illiquide bezeichnet.

Das Reich habe im September, um die Illiquidität zu verhindern, drei Millionen Mark gegeben.

In dem ersten Bericht vom 23. November seien die Dinge noch zu günstig geschätzt worden; dieser Bericht rechnet etwa mit einem Vermögen von 27 Millionen. Die späteren Berichte würden erheblich darüber hinausgehen.

Der Vergleichsvorschlag besage, daß alle Gläubiger bis zu 100 Mark voll ausgezahlt erhalten sollen und daß die anderen Gläubiger zunächst mit 30 Proz. abgefunden werden sollen.

Das würde etwa 20 Millionen betragen. Diese Beträge sollen auch sofort ausgezahlt werden. Doch sollten die 30 Proz. nicht endgültig sein, sondern bei Besserung der Verhältnisse würden die Gläubiger mehr erhalten. Bei den Immobilien würde allerdings die Abwicklung Jahre dauern können.

Das Reich wolle sich mit zehn Millionen neben den bereits gezahlten drei Millionen beteiligen. Preußen habe, ebenso wie bei der Danabank und bei der Dresdner Bank, kein Interesse und würde sich nicht beteiligen. Es liege unsolide, marktfeindliche Geschäftsführung vor. Der Staat könne nicht dafür eintreten.

Mit der Danabank und der Dresdner Bank seien die Dinge nicht zu vergleichen. Man habe die Absicht gehabt, die Bank zu halten, das sei aber jetzt zweifelhaft geworden. Die Barmer Bank soll gerettet werden. Bei der Trierer Bank stehe die Sache ungünstiger. Der Reichskommissar wolle aber alles zur Erhaltung dieser Bank tun.

## Die Führung des Reichsbanners.

Gerüchte über Höring.

Wie wir von der Bundesleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erfahren, hat Genosse Höring aus gesundheitlichen Gründen einen Erholungsurlaub angekreten. Während seines Urlaubs führt der zweite Bundesvorsitzende Höllermann die Geschäfte der Bundesleitung.

Zu den Gerüchten über einen Rücktritt Hörings von der Bundesleitung ist mitzuteilen, daß man sich seit längerer Zeit sowohl im Bundesvorstand des Reichsbanners als auch in weiten Reichsbannerkreisen mit der Frage beschäftigt, wie die Führung des Reichsbanners durch Hinzuziehung jüngerer aktiver Kräfte verstärkt und aktiviert werden könne. Diese Verstärkung ist um so notwendiger, als Otto Höring in der letzten Zeit, in der es auf besondere Aktivität des Reichsbanners stärker denn je zuvor ankommt, leider von wiederholten Krankheitsanfällen heimgesucht worden ist.

Die Bundesvorstandsitzung des Reichsbanners, die am Mittwoch stattfand, und danach wahrscheinlich auch eine Bundesratsitzung, werden sich mit diesen Fragen beschäftigen.

## Brüning gleich Hitler?

Der abgeschworene gesunde Menschenverstand.

Am Freitag rief das Münzberg-Blatt „Berlin am Morgen“ einen Alarmschrei aus: Hitler wieder in Berlin. Er schrieb dazu:

„Man wird ja jetzt Gelegenheit haben, zu sehen, wie Reichskanzler Brüning diese neue Störung seiner außenpolitischen Aktion auffassen wird. Seine Forderung, daß alle Parteien sich hinter ihn stellen müssen, in dem Augenblick, da er mit dem Ausland schicksalsschwere Fragen verhandelt, hat Hitler offenbar als Aufforderung zu einem neuen Dolchstoß aufgefaßt. Wie sagen doch die Sozialdemokraten so schön: „Brüning wehr dich!“

Die „Nachrichten“ — das ist das Blatt der SPD-Zentrale, die nicht die Feler der „Koten Fahne“ an die Münzberg-Blätter verlieren will — sind gegen diese Sätze zu Felde gezogen. Sie sehen darin eine „Arreführung der Arbeiterklasse“ und stellen fest, daß hier „ganz im bürgerlichen Stile des „Vorwärts“ Brüning zum Kämpfer gegen Hitler ernannt wird“.

„Berlin am Morgen“ hatte der Stimme des gesunden Menschenverstandes Raum gegeben, der ohne weiteres erkennt, daß Brüning eben nicht gleich Hitler ist. Unter dem Banner der SPD-Zentrale aber verleugnete es gestern prompt den klaren Augenblick, und schwor in alter Tonart, daß es linientreu sei, und deshalb Hitler gleich Brüning ansehen wolle.

## Schweiz kündigt Handelsvertrag.

Die Ueberbrückung des vertraglosen Zustandes.

Der Schweizer Bundesrat hat am Montag beschlossen, am 18. Dezember den Handelsvertrag mit Deutschland zu kündigen, der damit am 4. Februar 1932 abläuft. Zugleich hat der Bundesrat einen Entwurf fertiggestellt, der außerordentliche Vollmachten für Zollkonsagente und Einfuhrbeschränkungen vorseht. Dieser Entwurf wird in wenigen Tagen dem Parlament vorgelegt werden. Die Annahme dieses Folgesetzes durch das Parlament ist so gut wie sicher.

Nach sechsjähriger Dauer wird also die vertraglich gesicherte Handelspolitik zwischen Deutschland und der Schweiz aufgehoben. Diese Entwicklung ist um so mehr zu bedauern, als die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern von jeher freundschaftlich gewesen sind. Es hat bei den Berliner Verhandlungen auch auf beiden Seiten nicht an dem guten Willen gefehlt, die bestehenden wirtschaftspolitischen Differenzen zu überbrücken, jedoch konnten sich beide Parteien ungeachtet des vollen Verständnisses für die Lage des Verhandlungspartners über entscheidende grundsätzliche Fragen nicht einigen. Die Schweizer Unterhändler, die eine Lösung zahlreicher zollgebundener Positionen forderten, haben sich zweifellos zu stark von dem deutschen Exportüberseh zuwenden lassen, ohne die entscheidenden Gegenposten in der schweizerischen Zahlungsbilanz, die enormen Zinsen Deutschlands für Schweizer Stillhaltekredite in Höhe von 9 Proz. — die Schweizer Banken zahlen höchstens 2 Proz. — und den deutschen Fremdenverkehr, der 40 Proz. des gesamten Fremdenverkehrs in der Schweiz ausmacht, zu berücksichtigen. Andererseits muß man anerkennen, daß die Schweizer Unterhändler Zugeständnisse gemacht haben, die allerdings nicht ausreichten, um von Deutschland angenommen zu werden.

Bis Anfang Februar läuft der bestehende Vertrag noch. Unseres Erachtens sollte von beiden Seiten nichts unversucht gelassen werden, um bis zum Ablauf des Handelsvertrages zu neuen Vereinbarungen zu kommen. Unter allen Umständen aber muß eine Verschärfung der Beziehungen durch unkluge, und herausfordernde Anwendung der Zollermächtigungen — auch die deutsche Regierung besitzt generelle Ermächtigungen zu Zolländerungen — vermieden werden. Eine derartige Politik würde den traditionell freundschaftlichen und engen Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern widersprechen und dem Lebensinteresse der beiden Völker den schwersten Schaden zufügen.

## Notverordnungsgewinnler.

Eine Hausbesitzer-Unterschämtheit.

Der Ausdruck „Notverordnungsgewinnler“ ist nicht von uns geprägt worden, sondern von den Hausbesitzern. Er bezieht sich auf Personen, die von dem Kündigungsrecht nach Teil 2 Kapitel III der Notverordnung Gebrauch machen. Dieser Ausdruck zeigt, mit welcher Genugung die Hausbesitzer jeder Mietrentung und jedem Mieterkühn gegenüberstehen.

Die Hausbesitzer lassen durch die Telegraphen-Union mitteilen:

„Vor allen Dingen erscheint es nach Auffassung der Hausbesitzer dringend notwendig, die Kündigungsmöglichkeiten an genaue Bedingungen zu binden. Beispielsweise soll eine große Firma ihre gesamten 60 Filialgeschäfte in Berlin kündigen. Undere Ladenbesitzer kündigen ihre langfristigen Verträge zum April, weil sie einen günstigeren Mietpreis mieten wollen, obgleich der Mietpreis höher ist. Inhaber großer Wohnungen benutzen das außerordentliche Kündigungsrecht, um billig käufliche Eigenhäuser zu beziehen. Die Hausbesitzer verlangen, daß das Kündigungsrecht solchen „Notverordnungsgewinnlern“ nicht zugesprochen wird.“

Es ist der Sinn der Notverordnung, durch das Kündigungsrecht eine Möglichkeit zur Kostensenkung und Preisreduzierung zu schaffen. Es entspricht durchaus dem Sinn der Notverordnung, wenn ein großes Versorgungsgeschäft den Versuch macht, von den hohen Ladenmieten herunterzukommen, die die Hausbesitzer nach der Freigabe der Bewirtschaftung von Läden diktiert hatten, ebenso entspricht es durchaus dem Sinne der Verordnung, wenn Leute aussteuern in billigere Wohnungen ziehen, und wenn damit ein Druck auf die Mieten verbunden ist.

Notverordnungsgewinnler! Für die angekündigte Mietreduzierung sind die Hausbesitzer, soweit sie Altmietungen vermieten, allein durch die Senkung der Hauszinssteuer voll entschädigt, da zu aber haben sie noch den Vorteil von der Zinsreduzierung! Sie sollten nicht von Notverordnungsgewinnlern reden!

Die Dreistigkeit dieses Ausdrucks muß ein Anlaß sein, den Hausbesitzern bei der Durchführung der Mietreduzierung sehr genau auf die Finger zu sehen. Schließlich werden sie in allen Mietern „Notverordnungsgewinnler“ sehen und sich danach verhalten. Achtet auf die Hausbesitzer, achtet auf die Durchführung der Mietreduzierung!

## Tschiangkaiſchek zurückgetreten.

Rückwirkung der Enttäuschung über den Völkerbund.

Shanghai, 14. Dezember.

Der Präsident der chinesischen Republik, Tschiangkaiſchek, ist zurückgetreten. Der Rücktritt wurde angenommen. Man erwartet auch den Rücktritt des Finanzministers und zahlreiche weitere Personalveränderungen in der Regierung.

Ungeheures Aufsehen in China.

Shanghai, 14. Dezember.

Die Nachricht vom Rücktritt Tschiangkaiſcheks hat ungeheures Aufsehen erregt. Der Rücktritt scheint von der Kantoner Gruppe, an deren Spitze Sunfo und der Parteileiter Wangtschingwei stehen, erzwungen worden zu sein. Diese Gruppe nutzte die Enttäuschung infolge der Entschickung des Völkerbundes dazu aus, die Mißstimmung gegen Tschiangkaiſchek zu schüren. Sie wurde unterstützt von schauwinzigen Studenten und Mitgliedern des linken Flügels der Kuomintang, die von jeher die Politik Tschiangkaiſcheks bekämpft haben.



# Wieder Krach im Sklarek-Prozeß

## Belastende Zeugenaussagen — Neue erregte Zusammenstöße

Der Vorsitzende eröffnete die gestrige Verhandlung im Sklarek-Prozeß mit der Mitteilung, daß einer der Verteidiger im Sklarek-Prozeß, der Rechtsanwalt Dr. Georg Cohn, der dem Angeklagten Stadtrat Degner zur Seite stand, gestern plötzlich gestorben ist.

Man setzt dann die Zeugenvernehmung fort, und zwar wurde der unbesoldete Stadtrat Hermann vom Bezirksamt Mitte vernommen, der Bürgermeister Schneider und Stadtrat Gabel schwer belastete. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob ihm bekannt sei, daß der Angeklagte Gabel die Sklareks bezüglich der Auftragserteilung unterstützt habe, erklärte Stadtrat Hermann, daß Gabel in Verfügungen darauf hingewiesen habe, es müsse bei den Sklareks gekauft werden. Er, Hermann, habe billigere Angebote von anderen Firmen gehabt, und Stadtrat Gabel habe ihm, dem Zeugen, einmal im Amtszimmer von Stadtrat Schneider Vorhaltungen gemacht, daß Schwierigkeiten wegen der Aufträge an die Sklareks von seiner Seite gemacht würden. „Ich habe das Gefühl gehabt, daß es nicht mit rechten Dingen zuging, und ich habe zu Bürgermeister Schneider und Stadtrat Gabel gesagt:

### Die Sache mit den Sklareks stinkt zum Himmel.

Das gibt noch einmal einen großen Krach.“ Stadtrat Hermann beklagte dann weiter, daß Bürgermeister Schneider immer Freikarten von Theatern erhalten habe, und daß einmal eine Steuerfahndung des Deutschen Theaters in Höhe von 72 000 Mark auf Veranlassung von Schneider niedergeschlagen worden sei, und daß als Gegenleistung Freikarten für Erwerblose und städtische Angestellte gefordert wurden. Diese Vorgänge seien ihm, dem Zeugen, von Direktor Wallburger erzählt worden. Auch für den „Wintergarten“ habe Schneider immer Freikarten gehabt. Vors.: Wissen Sie auch, ob die Steuerfahndung bei solchen Theatern niedergeschlagen wurden, zu denen Bürgermeister Schneider keine Freikarten bekam? Zeuge: Das weiß ich nicht. Wir hat Direktor Wallburger aber einmal eine andere Sache erzählt, die ich zuerst für unglauhaft hielt. Direktor Saltzburg hat Bürgermeister Schneider einmal Premierentarten geschenkt, und zwar für die zweite Parkettreihe. Bürgermeister Schneider soll sehr wütend gewesen sein, daß er trotz eines telephonischen Anrufes von Wallburger nicht Karten für die erste Reihe bekam und soll dem Degner dann die Anweisung gegeben haben, abends die Kasse zu pfänden. (Bewegung.) Vors.: Wie standen Sie denn persönlich zu Bürgermeister Schneider? Zeuge: Da wir der gleichen Partei angehörten (Schneider ist bekanntlich seit langem aus der Sozialdemokratie ausgeschlossen — Red. d. „Vorwärts“), habe ich ihn zuerst nach Kräften unterstützt und ihm geholfen, sich in sein Amt einzuarbeiten. Als ich dann aber später bei einer Angelegenheit merkte, daß er sich von unsachlichen Ratsiven leiten ließ, ist es zu gewissen Spannungen zwischen uns gekommen.

Der Angeklagte Gabel vermochte sich an das angeführte Gespräch nicht zu erinnern, meinte aber, daß Stadtrat Hermann ihm nie konkretes Material über die günstigeren Offerten anderer Firmen gegeben habe. Der Zeuge Hermann erklärte aber, daß gerade das Gegenteil der Fall gewesen sei, daß aber von Gabel nichts veranlaßt wurde. R. A. Dr. Kurtzig hielt dem Zeugen einen Bericht an den Oberpräsidenten vor, in dem zum Ausdruck gebracht wird, daß andere Firmen nicht besser und billiger als die Sklareks liefern könnten, und zwar sei dieser Bericht, der aus dem Jahre 1929 datiert, von Böß, Scholz und Lange und noch zwei anderen Magistratsbeamten unterzeichnet. Der Oberstaatsanwalt erklärte hierzu, es komme lediglich darauf an, von wem dieser Bericht entworfen sei, was aber nicht festgestellt werden konnte.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Verhandlung bestritt Bürgermeister Schneider die Aussagen des Zeugen Stadtrat Hermann sehr entschieden. Die Feindschaft zwischen ihm und dem Zeugen

basiere auf der Vergünstigungsangelegenheit. In diesem Zusammenhang erklärte Schneider, daß Stadtrat Hermann nur dadurch zum unbesoldeten Stadtrat gewählt worden sei, daß der deutsch-nationale Bezirksverordnete Börner sich der Stimme enthalten hätte. Börner habe dann später durch Hermann ein städtisches Darlehen von einigen 1000 Mark erhalten, das restlos verloren sei.

Stadtrat Hermann erklärte hierzu, daß das Darlehen an den Bezirksverordneten Börner, mit dem er weitläufig vermandt sei, nicht auf seine Veranlassung, sondern eines anderen Stadtrates gewährt worden sei.

Während die Vernehmung mehrerer anderer Bezirksamtsmitglieder nichts wesentlich Belastendes für Bürgermeister Schneider ergab, und die Verhandlung sich in ruhigen Bahnen bewegte, kam es bei der Zeugenvernehmung des Stadtrats Neuendorf zu neuen heftigen Szenen. Stadtrat Neuendorf beklagte, daß Bürgermeister Schneider bis zur Bekanntschaft mit den Sklareks nichts dagegen einzuwenden hatte, daß Zahlungsbefehle wegen der schleppenden Mietzahlung in dem städtischen Grundbuch in der Kommandantenstraße ergingen und derartige Zahlungsbefehle auch selbst unterzeichnet habe. Später habe dann Bürgermeister Schneider einem anderen Beamten gegenüber gesagt, daß man doch auf die Firma mehr Rücksicht nehmen müsse. Stadtrat Neuendorf hat dann auch mit den Sklareks wegen des Grundstückskaufs verhandelt, und die beiden Angeklagten hatten vor einiger Zeit in der Hauptverhandlung behauptet, daß Stadtrat Neuendorf verlangt hätte, sie sollten sich mit 50 000 Mark an einer Patentfinanzierung beteiligen. Stadtrat Neuendorf erklärte, daß zwar ganz zwingend über das Patent gesprochen worden sei, daß aber eine Beteiligung der Sklareks gar nicht in Frage gekommen und ihnen auch nicht nahegelegt worden sei. Er hätte gerade vorher eine Beteiligung in Höhe von 100 000 Mark abgelehnt, also die Sklarekschen 50 000 Mark überhaupt nicht gebraucht. Leo Sklarek: Das ist unwahr, was Stadtrat Neuendorf sagt, er hat doch von der Patentfinanzierung gesprochen, und War hat noch hinterher gesagt, wie schwer das immer ist, immer wird von uns eine Gegenleistung verlangt. Billy Sklarek: Sie müssen doch hier die Wahrheit sagen, Herr Stadtrat. Stadtrat Neuendorf: Nehmen Sie es mir nicht übel, meine Herren, aber was die Sklareks hier sagen, sind alles Märchen. Es war vielmehr so, daß die Sklareks mich immer wegen des Grundstückgeschäftes einmal an einem dritten Ort sprechen wollten, und da habe ich sie leider zu mir in meine Wohnung gebeten. Eine Beteiligung der Sklareks kam gar nicht in Frage. Leo und Billy Sklarek blieben aber ziemlich erregt dabei, daß Stadtrat Neuendorf ihnen eine Beteiligung nahegelegt hätte, während Stadtrat Neuendorf seine Aussage aufrecht hält, daß die Sklareksche Darstellung eine Unwahrheit und ein glattes Märchen sei, und daß ihre Beteiligung außerhalb des Bereichs der Möglichkeit lag.

Zum Schluß wurde hierauf der frühere Berliner Magistratsrat Dr. Hiller als Zeuge gehört, der jetzt Stadtrat in Halle ist. Er beklagte, daß er gegen den Verkauf der Grundstücke in der Kommandantenstraße in der Nähe des Spittelmarktes an die Sklareks gewesen sei, weil der gebotene Preis von 8000 Mark pro Quadratmeter zu niedrig war. Aus diesem Grunde habe er die Tendenz gehabt, das Geschäft kaputt zu machen und juristische Bedenken wegen der Behauberkeit geäußert. Anhaltspunkte dafür, daß sich Bürgermeister Schneider in unzulässiger Weise für den Verkauf an die Sklareks eingesetzt hätte, konnte der Zeuge nicht angeben. Die Verhandlung wurde auf Mittwoch 10 Uhr vertagt.

**Selbstmord — nicht Mord.** In einer Remise des Hauses Bergstraße 62 wurde gestern der 75 Jahre alte Rentner Franz Klinkert aufgefunden. Der Verdacht, daß der alte Mann einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist, hat sich nicht bestätigt. Aus welchen Gründen R. Selbstmord verübt hat, weiß man allerdings nicht.

# Schiffsexplosion in China.

300 Personen verbrannt oder ertrunken.

Shanghai, 14. Dezember.

Im Yangtzedelta ereignete sich auf dem Dampfer „Tateh“, der mehrere hundert chinesische Passagiere an Bord hatte, eine Explosion, die einen Brand zur Folge hatte. 300 Personen sollen ertrunken oder in den Flammen umgekommen sein. Die Überlebenden der Katastrophe berichten über Schreckensszenen, die sich auf dem brennenden Schiff abspielten. Zahlreiche chinesische und japanische Schiffe eilten dem brennenden Dampfer zu Hilfe, so daß von 600 Passagieren etwa die Hälfte gerettet werden konnten.

# 13 Matrosen ertrunken.

Rüstenwachtschiff im Sturm untergegangen.

Paris, 14. Dezember.

Ein französisches Wachtschiff für die Ueberwachung der Küsten-schiffahrt ist am Sonnabend zwischen Bizerte und Bône an der nordfranzösischen Küste mit 13 Mann Besatzung untergegangen. Das Schiff wurde am Freitag von einem kleinen Marine-Schlepper von Bizerte nach Bône geschleppt, als auf halbem Wege infolge der stürmischen See die Schlepplleine riß und das Schiff den Wellen preisgegeben wurde. Der Schlepper versuchte vergeblich, sich dem losgerissenen Schiff zu nähern, was ihm aber wegen der hohen See und wegen des Tieflanges in der Nähe der Küste nicht gelang. Nach stundenlangen Bemühungen verlor der Schlepper das hilflos treibende Schiff außer Sicht und kehrte sofort nach Bizerte zurück, um die dortigen Hafenbehörden zu alarmieren. Hilfschiffe wurden ausgesandt, doch rechnet man schon jetzt mit dem Verlust des Wachtschiffes und seiner dreizehntöpfigen Besatzung.

# Eisenbahnunglück bei Rendsburg.

Arbeitszug fährt in Personenzug. — Sechs Verletzte.

Rendsburg, 14. Dezember.

Ein Eisenbahnunglück ereignete sich heute nachmittags wenige Minuten nach 5 Uhr hinter der Station Büdelsdorf bei Rendsburg. Der von Flensburg nach Hamburg fahrende Personenzug hatte gerade die Station verlassen, als ihm ein rangierender Arbeitszug in die Flanke fuhr. Bei dem Zusammenstoß stürzten zwei Wagen des Personenzuges um und gingen in Trümmer. Von den Insassen wurden sechs Personen verletzt. Ärzte und Sanitätspersonal bemühten sich sofort um die Verunglückten. Ein in Rendsburg zusammengestellter Zug beförderte die Fahrgäste weiter.

# Konzentration in den Schöffengerichten.

Kürzlich wurde in der Presse angekündigt, daß sämtliche Schöffengerichtssachen im Bezirk des Landgerichts II Berlin dem Amtsgericht Berlin-Schöneberg übertragen würden. Diese Uebertragung ist jetzt durch einen Erlaß des preußischen Justizministers mit Wirkung vom 1. Januar 1932 erfolgt. Von diesem Zeitpunkt ab werden also alle Schöffengerichtssachen aus dem Bezirk der Amtsgerichte Vichterfelde, Trebbin, Jossen, Berlin-Tempelhof, Köpenick, Neukölln, Königswusterhausen und Mittenwalde vom Amtsgericht Berlin-Schöneberg bearbeitet und im Kriminalgericht abgeurteilt werden. Ausgenommen sind allein die Jugendsachen, für die auch weiterhin die einzelnen Amtsgerichte zuständig bleiben. — Die Zusammenfassung sämtlicher Schöffengerichtssachen des Landgerichts II in Roabit im Interesse der Einheitlichkeit der Berliner Rechtspflege ist außerordentlich zu begrüßen.

Heute spricht Maria Judacz im Rundfunk. Um 19.20 Uhr spricht heute Genossin Marie Judacz über „Erwerbslosigkeit und Familienleben“ im Berliner Rundfunk.



„Ja, das empfinde ich auch selbst“, sagte Germaine. „Auch ich habe meinen Bruder für krank gehalten, als ich ihn damals zum ersten Male in Berlin wieder sah — nur steht uns Normalmenschen eben diese Art von Krankheit ungemein fern, weil man sie nicht selbst durchgemacht oder an anderen gesehen hat.“

„Ja, Fräulein Germaine, das haben Sie sehr richtig ausgesprochen. Uns Normalmenschen, uns hier in unseren kleinen, ruhigen, geordneten Verhältnissen... Aber Ihr Bruder hat Erlebnisse gehabt, von denen sich die meisten nicht träumen lassen. Er hatte die Enttäuschung mit seinem besten Freund, dann das Kriegserlebnis, in das er von der Schulbank hineinstürzte — das muß ihn seelisch vollkommen zerrüttet haben, er deutete es mir einmal an — dann sein erstes sexuelles Erlebnis, das auch vollkommen verpöfcht war. Entschuldigen Sie, bitte, auch das gehört ja bei uns zum guten Ton, über so etwas nicht zu sprechen — lieber lassen wir die Jugend ins Unglück rennen! Das alles in Verbindung mit der ganzen Zeit heute — es wackelt eben doch alles, eine Gesellschaftsordnung stürzt zusammen, denn die Revolution geht doch weiter. Sie hat ja erst angefangen, und sie wird noch Jahre andauern — und nun steht mitten drin ein Mensch zwischen 18 und 21, sein geliebter, außergewöhnlich begabter, aus hochgezüchteter Familie — sehen Sie, das alles sind sichtbare Dispositionen für den Griff zum Morphinum, ganz abgesehen von dem Unsichtbaren, das niemand wissen mag und das vielleicht noch ausschlaggebender gewesen ist.“

„Daß ein junger Mensch von seinen Fähigkeiten, von seinem Charakter so dahinsiechen muß“, sagte Germaine verzweifelt, „und andere sind so gut durch alles hindurchgekommen...“

Der junge Arzt stand auf und machte sich an seinem Schreibtisch zu schaffen. „Andere... ja... Fräulein Germaine, auch ich gehöre zu diesen anderen. Aber eines möchte

ich Ihnen unter vier Augen doch andeuten. Ich bin gerade noch durchgekommen, durchgeschlüpft durch eine winzige Lücke, durch ein Wunder, eine Gnade, oder wie man es nennen will. Ihr Bruder aber ist meinen Schicksalsweg zu Ende gegangen...“

Er blätterte in den Büchern, die auf dem Schreibtisch lagen. Dann setzte er sich wieder seiner Besucherin gegenüber. „Aber es ist noch nicht zu Ende mit ihm, und es wird, es darf auch nicht mit ihm zu Ende gehen. Sehen Sie, er steckte ja tief darin, er nahm täglich ein Gramm, das ist ungeheuerlich — und jetzt ist die Dosis im Verhältnis dazu winzig, sporadisch — ich veruche immer mehr, sie durch Schlafmittel, durch Wein und anderes zu ersetzen. Ich denke, in ein paar Wochen sind wir soweit. Dann noch vierzehn Tage in eine Privatklinik mit Bädern und Packungen und Suggestion und was es alles gibt — und dann ist er dem Leben wieder geschenkt!“

Germaine stand auf und wandte sich zum Gehen. „Sie haben also wirklich Hoffnung! Dann dürfen auch wir nicht verzweifeln.“

Frau Loriot stand an der Gartentür, als Germaine herüber kam. Sie sah übermüdet und verhärtet aus.

„Er hat mir große Hoffnung gemacht“, sagte Germaine, „und er glaubt, daß Walter bestimmt wieder gesund werden wird. Wir müssen nur Geduld haben...“

Frau Loriot zog die Tochter in den Obstgarten, der hinter dem Haus lag. „Es ist so warm und sonnig heute, wir wollen uns hier ein wenig setzen — das ist besser als im Haus. Walter schläft jetzt — er hat mir wenigstens auf mein Klopfen nicht geantwortet. Wenn er nur nachts schlief...“

Germaine legte den Arm um die Mutter. „Es wird alles gut werden, Mama, du mußt nur den Mut und die Hoffnung nicht verlieren!“

Frau Loriot erwiderte nichts. Sie stützte beide Arme auf den weißen Gartentisch und legte den Kopf in die Hände.

„Germaine“, sagte sie endlich, „ich muß dir erzählen, was ich heute nacht gesehen habe, denn ich kann das nicht mit mir allein herumtragen. Ich wachte auf durch irgendein Geräusch, ich horchte, und da hörte ich sprechen. Es war Walters Stimme. Sie war nicht laut, aber doch dem Ton nach vernehmbar in dieser lautlosen Stille. Er ging vor meinem Zimmer im Korridor auf und ab, immer auf und ab, und es hörte sich an, als ob er mit jemand spräche. Ich

stand auf und öffnete die Tür. Er sah mich nicht, vielleicht erkannte er mich auch nicht. Er ging auf und ab und hatte seinen Arm um irgend jemand gelegt — es sah grauenhaft aus...“

Germaine, dieser Mensch, mit dem er sprach, um den er den Arm gelegt hatte, war einfach nicht da. Neben ihm war nur der leere Raum, nichts weiter. Ich war wie gelähmt an allen Gliedern, ich konnte mich nicht bewegen, keinen Laut von mir geben. Ich weiß nicht, wie ich wieder in mein Zimmer kam. Ich weiß nur, daß mich plötzlich ein entsetzliches Grauen packte, daß ich noch langer Zeit aufstand und meine Tür verriegelte, was ich noch nie getan habe. Aber es war wohl nur ein Ausdruck für etwas Unerhörtes, etwas noch nie Dagewesenes, das ich erlebt hatte. Ihn aber hörte ich noch lange hin- und hergehen und sprechen. Ich horchte an der verriegelten Tür, er sprach vom Krieg... Aber ich konnte nur einzelne Worte verstehen.“

Germaine sah ganz still. „Mutter“, sagte sie endlich gepreßt, „das ist nicht das erste Mal. Auch ich habe Walter einmal so gesehen — gleich in der ersten Nacht, als wir aus Berlin hier ankamen. Aber mich hat es nicht so erschreckt — denn davon wußte ich schon.“

„Er denkt also immer noch an jenes Mädchen —?“ fragte Frau Loriot müde.

„Nein, Mutter, das ist etwas anderes. Auch dieses Mädchen wird noch irgendwie in ihm sein, als Abneigung, als Bitterkeit — als irgend etwas, denn das läßt sich nicht abschütten. Aber was du heute Nacht gesehen hast, das ist etwas anderes, was noch viel tiefer in ihm sitzt. Das ist vielleicht der tiefste Kern, der Schlüssel zu allem... Da ist irgend eine Bresche in ihm geschlagen worden, Mutter, die erste entscheidende Bresche. Er ist in zwei Hälften gespalten worden — und nun sucht er immer wieder nach dem Einklang. Der erste Mensch, den er im Krieg getroffen hat, bewußt und von Angesicht zu Angesicht, ist ein junger Franzose gewesen. Er glaubt, ihn vor sich zu sehen, er spricht mit ihm, schildert ihm alles und glaubt, tiefstes Verständnis zu finden. Wie ängstigt das heute nicht mehr, es erschreckt mich auch nicht, denn das muß so sein.“

„Und das sagst du so ruhig, als sei das die natürlichste Sache von der Welt? Germaine, siehst du denn nicht, daß das Wahnsinn ist, in den er da versinkt, grauenhafter Wahnsinn? Weißt denn der Arzt davon?“ Zu Tode erschrocken, mit entsetzten Augen sah sie die Tochter an. (Fortf. folgt.)



# Die sieben Zwischenhändler

## Warum das Fleisch immer noch so teuer ist

Die Preisgestaltung für Fleisch und Fleischzeugnisse gehört zu den eigenartigsten Erscheinungen, die der freie Handel aufzuweisen hat. Man kann bei diesen Waren des täglichen Bedarfs schwerlich von einem Preisabbau sprechen, denn wenn auch zeitweise Preisabsenkungen beim Fleisch stattfinden, kann man gewiß sein, daß die Preise bei Wurst oder anderen Dingen wieder eingeholt werden. Mittlerweile hat sich aber herumgesprochen, daß der Erzeuger auf dem Lande den vierten bis fünften Teil dessen für Schlachtvieh bekommt, was der Konsument im Laden zahlen muß. Im dänischen Nordfriesland müssen die Bauern das von der Sommerweide kommende Bleh norrschlachten, weil niemand da ist, der es ihnen abnimmt; sie schneiden die besten Fleischteile heraus und vergraben den Rest. Wenn man diesen Ueberfluß an Schlachtvieh bei einem ermäßigten Zoll über die Grenze lassen, in Bismar im Grenzschlachthaus schlachten und nach Berlin verfrachten würde, könnte man dänisches Fleisch im Laden für 40 bis 50 Pf. an Arbeitslose und Wohlfahrtsempfänger abgeben. Diese und ähnliche Vorschläge zur Verbilligung der Fleischpreise stoßen auf den härtesten Widerstand der deutschen Landwirtschaft. Warum halten sich aber, wenn der Landwirt für sein Schlachtvieh so wenig bekommt, die Fleischpreise im Kleinhandel weiter auf einer so enormen Höhe? Untersucht man diese Frage, so ergibt sich eine sonderbare Rechnung, in der alles glatt aufgeht. Ueberall ist eine scheinbar glaubhafte Begründung bei der Hand, so daß der städtische Käufer heinade nach (trotz darüber sein muß, wenn er ein Pfund Schweinefleisch durchschnittlich für 80 Pf. kaufen kann, für das der Bauer im Lebensgewicht nur 32 Pf. erhalten hat.

Der Vorgang des Vieheinkaufs auf dem Lande ist noch verhältnismäßig leicht zu überblicken. Zum Bauer kommt der Makler, der die Verkaufsgeschäfte dem Aufkäufer übermitteln. Der Aufkäufer arbeitet mit einem kleinen Aufschlag auf den Preis für den Viehhändler, dem er das gekaufte Bleh zuführt. Der Viehhändler in den Kleinstädten liefert das Bleh an den Großviehhändler, der es per Bahn nach den Großstädten verschifft. Letzterer will entsprechend seiner Unkosten für Transport, Futter, Mistkolonien usw. entsprechend verdienen. Auch die Steuerbehörde schaltet sich ein und erhebt von dem einen Gegenstand mehrfach Gewerbesteuer und Umsatzsteuer. Der Großviehhändler übergibt den Verkauf des Blehs den Viehkommisfirmen, die es auf den Schlachtviehmärkten auf seine Rechnung und Gefahr an die Engroschlächter weiter verkaufen. Sie erheben für diese Vermittlerstätigkeit eine Provision von 1½ Proz. Die Ware, auf den Auftriebsmärkten mit allerlei Sporteln und Abgaben belastet, hat sich im Preise nunmehr schon wesentlich verändert. Nach einem neueren Berliner Marktbericht wurden in der gangbarsten Klasse für Lebensgewicht gezogt bei Ochsen 31 bis 34 M., Kälber 29 bis 46 M., Schafe 25 bis 27 M., Schweine 41 bis 44 M. Ehe also das Tier das Schlachtmesser spürt, hat sein Preis schon einen Aufschlag bis 50 Proz. erfahren. Bei der Verarbeitung der Ware entstehen weitere sehr bedeutende Zuschläge. Erheben doch einzelne Händler oder Gemeinden neben den sonstigen Abgaben Benutzungsgeldern des Schlachthofes, Versicherung, Untersuchung usw., außerdem noch wie anno Todal eine Extruschlächtersteuer. Es kommt zu den kuriossten „Verschiebe“möglichkeiten, denn ein jeder möchte sich von dieser Extrabesteuerung drücken. Das in Bayern vom Oberland zur Schlachtung getriebene Bleh wurde zum Beispiel wegen der Besteuerung im „Anlande“ über die „Grenze“ nach Ulm im Württembergischen gebracht, um es dort frei zu schlachten und das Fleisch nach den norddeutschen Wurstfabriken zu verkaufen. Auch Sachsen und Baden sieht seine Grenzen mit dieser Sondersteuer, die indirekt eine mehrfache Auflage erfährt, wenn sie der Viehhändler dem Produzenten, der Engroschlächter dem Großviehhändler usw. aufzuhalten versucht.

### Biel zu viel Engroschlächter.

Der Engroschlächter hat die Aufgabe, das von ihm ausgewählte Bleh in den Schlachthöfen zu schlachten und lauggerecht zu verarbeiten. Diese Art Arbeitsteilung ist durchaus sinngemäß, denn für den Ladenschlächter ist es zu umständlich, das Bleh zu schlachten. Nur liegt in der ungeheuren Aufblähung dieses Berufes ein Grund mit der zu übermäßigen Verteuerung des Fleisches. Lassen sich doch Verdienstsparnen bis zu 50 Proz. in diesem Gewerbezweige erreichen. Die Zahl der Engroschlächter, die heute in Berlin ungefähr 1000 beträgt, war im Jahre 1913 etwa 400. Alles drängt sich zu diesem einträglichen Erwerb, der weniger Mistkolonien und Betriebskapital erfordert wie das Ladenschlächtergewerbe. Der gewaltige Aufschlag, den das ausgeschlachtete Fleisch in diesem Stadium der Verarbeitung erfährt, wird motiviert mit den Schlachtverlusten, auch Tara genannt, die den ganzen Weggang wie Häute, Därme, Blut, Knochen usw. umfaßt. Er wird bei Schweinen mit 20, bei Kühen mit 50 bis 60, bei Schafen mit 50 Prozent vom Lebensgewicht errechnet, doch ist er bei besten Fleischsorten wesentlich geringer. In normalen Zeiten wurden aus der Verwertung der Abfälle, zum Beispiel des Felles, der Därme, Borsten usw. sämtliche Kosten des Schlachtens gedeckt, einschließlich der Versicherung, Futterkosten, Untersuchung usw. Heute ist aus diesen Sachen nicht viel zu erzielen, weil die Preise sehr niedrig liegen.

Die verschieden gestaltete Beanspruchung der Engrosware, auch ihre Güte in den verschiedensten Qualitäten, läßt keinen einheitlichen Fleischpreis zu. Während der Ladenschlächter früher meist ganze Schweine und Kühe kaufte, werden diese jetzt schon geviertelt oder nur in Spezialstücken verlangt. Zur Spargelzeit werden Kotlettsstücke und Schinken begehrter, zu anderen Jahreszeiten anderes Fleisch. Zur Zeit liegen Schinken absolut fest und werden bereits mit 56 bis 60 Pf. pro Pfund angeboten. Der Engroschlächter kolludiert natürlich die minder begehrte Ware wie Laig, Fett und anderes in die bevorzugtere mit ein, so daß für diese ein ganz anderer Preis erscheint als der, den das kaufende Publikum gern hören möchte.

### Dreispanne.

Die Ware beim Ladenschlächter erhält durch die verschiedene handwerksmäßige Bearbeitung wiederum ein neues Gesicht, das sich in den differenziertesten Preisen der Wurstwaren und der einzelnen Fleischstücke erkennen macht. Das statistische Amt der Stadt Berlin hat es sich seit langem angelegen sein lassen, diese Dreispannen vom Engroschlächter zum Ladenschlächter zu messen und zu registrieren, schon um bei der Kontrolle der Umsatzsteuerbeiträge nicht zu kurz zu kommen. Unmöglichlich

werden diese Bruttoispannen amtlich bekanntgegeben, nur einem Jahr geschah es sogar öffentlich an den Anschlagtafeln. Diese Preisspannen betragen nach einem der letzten Marktberichte durchschnittlich 19,3 Proz. und betragen bei Schweinefleisch 16,9, bei Rindfleisch 21,2, bei Kalbfleisch 30,4 und bei Hammelfleisch 32,4 Proz. Nach den Reinerlösen des Ladenschlächters hat man auf das Gründlichste erforscht. Er wird in den Rahmenlägen der Steuerbehörde für Kleinbetriebe mit 10 Proz., für Mittelbetriebe mit 9 Proz. und für Großbetriebe mit 8 Proz. beziffert.

Zwischen Erzeuger und Verbraucher schieben sich also sieben

# Der Schaden am Hochbahnviadukt.

## Ermüdungserscheinungen in der Eisenkonstruktion.

Der am Sonnabend entdeckte Schaden am alten Hochbahnviadukt in der Giltshiner Straße hat vielfach Beunruhigung hervorgerufen, und es ist die Auffassung laut geworden, als ob solche Beschädigungen jetzt öfter auftreten und damit den ganzen, über 30 Jahre alten Viadukt bedrohen könnten.

Wie wir hierzu erfahren, ist zunächst die Unterstellung ungerechtfertigt, daß dieser Schaden überhaupt nur durch mangelnde Kontrolle oder infolge von Sparmaßnahmen möglich gewesen sei. Von zuständiger Stelle wird darauf hingewiesen, daß an allen Eisenkonstruktionen, an Brücken, Gleisrampen, Wagenstellen usw. Schäden auftreten können, deren Entdeckung eben durch die regelmäßige Kontrolle erfolgen muß. So läßt auch die BVG die Konstruktion des alten Hochbahnviadukts der Oststrecke immer wieder in genauen Zeitabständen mit Präzisionsinstrumenten überprüfen, und so wurde am Sonnabend der Riß in der einen Meter langen Diagonale entdeckt. Dieser Konstruktionsriß, der übrigens in dieser Form heute nicht mehr angewendet wird, ist doppelt gefährlich, so daß der Riß keineswegs bedeutete, daß nun der ganze Viadukt an dieser Stelle zusammenbrechen müßte. Man hat den Verkehr nach Auffindung des Schadens nur deshalb unterbrochen, weil man vermeiden wollte, daß durch die notwendige Ueberbelastung der anderen Konstruktionsstellen in der Umgebung der schadhaften Stelle eine Lockerung der Verbände und damit eine Ausbreitung des Schadens eintrat. Immerhin wird man auf alle Fälle jetzt nicht nur die gebrochene Diagonale, sondern auch weitere Eileisen in ihrer Umgebung auswechseln, um ganz sicher zu gehen. Man nimmt an, daß der Riß in der Diagonale auf Ermüdungserscheinungen im Eisen zurückzuführen ist. Um sich darüber zu vergewissern, ob solche Erscheinungen auch an anderer Stelle des Viadukts auftreten, wird man jetzt neben der genauen Kontrolle mit Meßinstrumenten auch einzelne Eisenstäbe aus verschiedenen Stellen der Konstruktion

Mittelpersonen wie Makler, Aufkäufer, Viehhändler, Großviehhändler, Viehkommis, Engroschlächter und Ladenschlächter, die alle verdienen und nicht zu knapp. Das Ganze ist ein höchst ungesunder Zustand. Kein Wunder, daß der Landwirt so wenig bekommt, daß er dabei zugrunde geht. Kein Wunder, daß das Fleisch für den Konsumenten so teuer ist. Die deutschen Konsumgenossenschaften möchten nun zum Beispiel sehr gerne unter Ausschaltung der Zwischenhändler unmittelbar vom Produzenten kaufen, wobei sich Landwirt und Konsument besser stellen würden. Aber die verantwortlichen Vertreter der Landwirtschaft, Deutschnationale, Nazi und Mittelständler als Todfeinde der Konsumgenossenschaften und im Grunde ihres Herzens mit seinen Lieben verschiedenen Mittelpersonen ein Herz und eine Seele, lehnen es immer noch ab, mit den Genossenschaften mehr zusammenzuarbeiten. Erst wenn die Vieherzeugende Landwirtschaft eingesehen haben wird, daß Deutschnationale, Nazi und Mittelstand ihre schlimmsten Feinde sind, wird es anders werden.

entnehmen, um sie metallurgisch im Materialprüfungsamt untersuchen zu lassen. Es ist anzunehmen, daß sich auch die Aufsichtsbehörden mit diesen Fragen noch näher befassen werden. Von zuständiger Seite wird versichert, daß zu irgendwelchen Befürchtungen hinsichtlich der Sicherheit des alten Hochbahnviadukts kein Anlaß besteht.

# Berlins Erwerbslosenfriedung.

## Beratung im Ausschuss. — Donnerstag Beratscheidung.

Im Rathaus wird jetzt mit Hochdruck an der Beratung der Vorlage über die Erwerbslosenfriedung gearbeitet. Gestern vormittag wurde das Programm des Magistrats im Ausschuss gutgeheißen und der Bezeichnung des städtischen Geländes für die vorgesehenen 1800 Siedlerstellen und die 500 Kleingärten zugestimmt. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Maßnahme einen ersten Versuch darstelle und daß sofort nach Fertigstellung der ersten Siedlerstellen die Vorarbeiten für eine Ausdehnung des Programms vorgenommen werden müssen. Die Stadtkommissionenversammlung wird das Programm am Donnerstag beraten. Der Ausschuss schlägt dem Stadtparlament vor, den Erbauern für das Kleinfriedungsgelände gegenüber dem Magistratsplan um 2 Pf. zu ermäßigen und auf 4 Pf. festzusetzen.

Das Gelände für die Kleinfriedung wird auf etwa 30 Jahre in Erbbaurecht zu einem Zins von 4 oder 6 Pfennig je Quadratmeter und Jahr, und das Gelände für die Kleingärten auf die Dauer von 10 Jahren zu einem Bodenzins von durchschnittlich 2 Pfennig je Quadratmeter und Jahr gegeben. Für die Durchführung des Programms stehen der Stadt Berlin vom Reich 5 Millionen Mark zur Verfügung. Die Arbeitslosen müssen ihre Anträge an die Arbeitsämter richten, bei denen in den nächsten Tagen besondere Fragebogen ausliegen werden.

# Zuchthaus für Heiratschwindler.

## Immer wieder lassen sich die Mädchen betören.

Als ein Fall von so großer Gemeinheit, wie man sie selten in Moskau erlebt hat, stellte sich nach Ansicht des Gerichts die Handlungsweise des vorbestraften, 34jährigen Wirtschaftsinpektors Georg Kubatta dar, dessen Straftaten vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zur Aburteilung gelangten.

Im August 1929 hatte sich Kubatta mit einer Hausangestellten Toni M. verlobt und von ihr größere Beträge geliehen. Als sie das Geld zurückverlangte, da es sich um ihre gesamten Ersparnisse handelte, spielte er den Beladigten und verließ sie. Vorher oder hatte er bereits Verbindung mit einer Gärtnerin, die er schon von früher kannte, angeknüpft und sich auch mit ihr verlobt. Er erzählte ihr, daß er ein Gut kaufen wolle. Da sie selbst kein Geld hatte, borgte sie sich von einer Verwandten, einer Geheimrätin, 5000 M., die sie ihm zur Anzahlung gab. Dann verschwand er und ließ nichts mehr von sich hören. Nach einiger Zeit schrieb er ihr reumütige Briefe aus Holland. Das Mädchen verzicht ihm auch und er lernte zurück, um nun nochmals die Geheimrätin zu überreden, ihm weitere 2000 M. zur Verfügung zu stellen. Als er das Geld in Händen hatte, verschwand er von neuem, um sich nun seiner ersten Braut wieder zu nähern. Unbegreiflicherweise verzicht auch sie ihm, und er gewann auf sie einen derartigen Einfluß, daß er es fertig brachte, das junge Mädchen zu einem Scheckdiebstahl zu überreden. Er gab dann mehrere Schecks mit falscher Unterschrift aus. Zwischen diesen beiden Verbrechen hatte der Gauner auch noch ein drittes Mädchen schmachvoll betrogen.

Kubatta wurde wegen Betruges in vier Fällen, teilweise mit Urkundenfälschung verbunden, wegen Anstiftung zum Diebstahl und wegen Hehlerei zu zwei Jahren drei Monaten Zuchthaus verurteilt. Die verführte und betrogene Hausangestellte wurde noch obendrein wegen Betruges und wegen Diebstahls zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

# Der Tod am Hochzeitstag.

## Unglücksfall oder Selbstmord.

Am der Bahnstrecke Kaulsdorf—Friedrichsfelde-Ost wurde heute früh der 35 Jahre alte Landwirt Otto Conperi aus Jädelbruch, Kreis Oberbarnim, etwa 300 Meter von der Station Friedrichsfelde-Ost entfernt auf den Schienen tot aufgefunden. Der Schädel war völlig zertrümmert, der Tod muß auf der Stelle eingetreten sein. Bisher konnte noch nicht einwandfrei geklärt werden ob Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt.

# Neuer Zoodirektor.

Der langjährige wissenschaftliche Leiter des Berliner Zoologischen Gartens, Geheimrat Professor Dr. Ludwig Heck, hat sich mit Rücksicht auf sein vorgerücktes Lebensalter entschlossen, mit Ablauf des Jahres sich von seinem Amt zurückzuziehen und in den Ruhestand zu treten. Der Aufsichtsrat des Zoologischen Gartens hat in seiner letzten Sitzung das Rücktrittsgesuch des Geheimrats Dr. Heck genehmigt und zugleich beschlossen, zum 1. Januar 1932 den bisherigen stellvertretenden Direktor Dr. Lutz Heck, den Sohn Geheimrats Heck, zu seinem Nachfolger zu ernennen. Dem neuen Direktor sind im wesentlichen die in den letzten Jahren entstandenen Rekanlagen und Freigehege zu danken, wodurch das ganze Schau-

bild des Zoos wesentlich gewonnen hat. In Groß-Berlin besonders hat sich Dr. Lutz Heck auch um die Befestigung des Brunenwalds und städtischer Parkanlagen mit einheimischen Tieren verdient gemacht. Darüber hinaus ist er mit Erfolg für die Erhaltung aussterbender Tierarten, wie der Wisente und der Biber eingetreten. Der zurücktretende Direktor Geheimrat Heck, der sich im 71. Lebensjahr befindet, ist am Berliner Zoo seit 1888, also 43 Jahre, tätig.

# Kameradschaft zwischen den Völkern!

## Genosse Crispian spricht im 4. Kreis.

Das Elysium-Theater in der Prenzlauer Allee, Ecke Danziger Straße, war am Sonntag schon lange vor 11 Uhr dicht gefüllt. Der 4. Kreis der Berliner Sozialdemokratischen Partei veranstaltete eine Kundgebung, bei der zur Einführung für den Film „Kameradschaft“ das Mitglied des Parteivorstandes Genosse Crispian sprach: Einundzwanzig Jahre sind verfloßen, seit die Welt über das Unglück im Bergwerk von Courrières, bei dem mehr als tausend französische Bergarbeiter den Tod fanden, die Welt durchleuchtete. Damals machten sich die deutschen Bergarbeiter auf, um den französischen Kumpels zu helfen. Es zeigte sich jenes höchstmaß proletarischer Solidartät, aus dem heraus gerade im Augenblick der größten Gefahr dem bedrohten Bruder geholfen wird. Der Film knüpft an dieses historische Ereignis an. Er verlegt das Unglück in die Nachkriegszeit, aber er läßt auch da offenbar werden, daß über die Grenzen hinweg das Proletariat sich die Hände reicht. In seinem Referat unterstrich Genosse Crispian mit besonderer Stärke dieses Moment. Er sagte: „Der Film zeigt, wie nahher nach dem ungeheuren Unglück, bei dem die Grenzen gefallen waren, die Grenze selbst unter der Erde wieder aufgeleitet wird. Beamte tauschen Protokolle aus, es ist wieder, wie es vorher war. Das kann uns nicht genügen. Wir Proletarier gehören zusammen über die Grenzen hinweg! Uns kann keine Grenze trennen, weil wir dasselbe Leid und die gleichen Lasten tragen. Wir wollen und erstreben gemeinsam, daß die gegenwärtige Welt des Kapitalismus mit ihren unsinnigen Grenzen abgelöst wird durch den völkerverbindenden Sozialismus! Crispian betonte in seiner Ansprache vor allem auch, daß die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich eine Lebensnotwendigkeit für beide Völker sei. Crispian's Ansprache fand begeisterten Beifall. Die Veranstaltung wurde von Musik und Vorträge umrahmt, die wohlgezielt waren, den Parteigenossen zu zeigen, warum uns Sozialdemokraten das heilige Streben nach Frieden zwischen den Nationen und der Wille, die Wohlfahrt aller zu verwirklichen, befehlen. Die kämpferischen Verse, die der junge Genosse Egtorn vortrug, waren von besonderer Wirkung. Unsere Genossen vom 4. Kreis haben auch durch diese Veranstaltung bewiesen, daß die Sozialdemokratie fest gewillt ist, durch positive Leistungen den nationalstiftlichen Hölzer-Sput zu bannen.“

Wochenabend der Freien Schulgesellschaft Tempelhof. Die Freie Schulgesellschaft Tempelhof veranstaltet am 19. Dezember, 1930 Uhr, einen Beobachtungs- und Sportfestsaal Karlsberg, Kottbusstraße, Eintritt 25 Pf., Erwerbslose und Kinder 10 Pf.

Gegen Schnüpfen hilft Forman  
Für 60 4 in Apotheken und Drogerien.







# Landföhrer: Landung in Alexandrien

## Dr. Kurt Floerke: Eine Vogelftadt

Der uralte persische Rabbi Tibur trachte mit den Zähnen. Es war nicht zu sehen, aber man hörte es. Er stand vor mir wie ein dunkler Klotz und nicht einmal die gelben Streifen auf seinem Burnus waren in der Dunkelheit zu erkennen.

„Sand“, murmelte er, „Wüstenland. Versuch es einmal selbst, mein Sohn. Er weht über das Meer und dringt in deinen Mund. Morgen früh sind wir in Afrika. Noch zwei Tage später und ich bin im heiligen Jerusalem, in das ich fahre, um dort zu sterben.“

Ein heftiger Wind kam von dort her, wühlte unser Schiff ruhig und gleichmäßig fuhr. Ich speerte den Rachen auf und klappte ihn nach einer Weile wieder zu. Er trachte ganz fein zwischen den Zähnen. Sand, Wüstenland, afrikanischer Sand — in der Nacht auf dem weiten Mitteländischen Meer. Ich geriet in einen Taumel. „Tibur, ist es wirklich schon afrikanischer Sand, sind es wirklich winzige Teilchen des schwarzen Afrika, die mir im Munde haben?“

Tibur nickte. „Morgen meist du aussteigen, und auf afrikanischem Boden spazieren gehen. Morgen trennen wir uns. Gott sei mit dir, junger Birrkopf.“

Es war lange nach Mitternacht, aber niemand dachte an Schlafengehen. In Gruppen sahen Zionisten oder Nationalitäten bestimmen, rauchten, sprachen dumpf oder langen. Leise zerflatterten die unsäglich traurig-schönen Veder der jüdischen Auswanderer in der märchenhaften Nacht. Wir standen an der Spitze des Schiffes. Drei Schritte von uns lauerte eine Gruppe zerlumpter Araber, die aus Marseille zurückkehrten, weil sie, wenn schon, lieber in ihrer Heimat verhungern wollten. Ihre Frauen und die Anzahl der Kinder schienen seit langem im muffigen Zwischendeck.

Tibur war ein alter Mann und vielleicht deshalb auch noch nicht müde. Es war die letzte Nacht auf dem Meer. Die vorherigen elf Abende ist er pünktlich um 9 Uhr schlafen gegangen. Weil er ein heiliger Mann war, verbrachte er die Tage mit dem Lesen seines ungeheuren heiligen Buches. Er hat dem Koch ein paar Franken gegeben und dafür brühte ihm dieser täglich dreimal eine Kanne Kaffee von phantastischen Dimensionen auf, die Tibur beim Lesen so nach und nach austrank. Er sah dabei an einer windgeschützten Stelle fest in seinen Burnus gehüllt und war unnahbar. Aber Tibur war schon sehr klapprig und weil ich die Freundlichkeit besah, für ihn die Kanne dreimal am Tage von der Kombüse an seinen Platz zu schleppen, wurde ich sein Freund.

Wir glitten durch die Nacht.

Tibur, der fromme persische Jude, der vor dem Sterben noch eine heilige Mission erfüllen will, und ich, der junge Landstreicher, den die Bücher und Bilder verrückt gemacht hatten. In der Ferne glitz ein Lichtchen vorüber. Unmerklich weit. Die Klode auf unserem Schiff schlug 6 Glasen. Wir fuhren in ein ungewisses Dämmern hinein. Aber es wurde nicht kühler. Tibur hatte auf einem Seilhaufen. Die Araber lagen lang auf den Planken.

Und dann strömten sie nach und nach zu uns, an die Spitze, denn dort, wohin wir steuerten, wurde der Himmel rosa. Einer rannte ins Zwischendeck hinunter und weckte die Schlafenden. Trüfte stießen gegen die Türen der Kabinen. Sie kamen aus den Löchern gekrochen und das Morgenrot bestammte ihre sehnsuchsvollen Gesichter. Wie eine fromme Gemeinde standen wir zusammengedrängt an der Spitze des Schiffes und starrten beglückt nach Südosten.

Es war fast hell geworden.

Ganz in der Ferne vor uns lag ein gelber Streifen. Auf dem Streifen minzige Bäumechen, von der Form, als hätte man Buscheln in den Sand gesteckt. Es waren afrikanische Palmen.

Ganz plötzlich lagen wir vor dem Kai. Eine Unmenge von Schiffen, die auf der Reede lagen, hatten wir passiert. Keine 100 Meter vor uns stand auf dem Kai eine riesige Menschenmauer in schreiender Buntheit. Plötzlich lösten sich einige Boote von der Kaiwand, um in schneller Fahrt auf uns loszuschleichen. Das erste war an der Bordwand. Mit löcherartiger Geschwindigkeit ergriff ein Araber ein Seil, das an der Seite des Schiffes herunterhing und kletterte an Deck. Ein paar andere machten es ihm gleich. Und das war nur der Anfang. In ein paar Minuten war das Schiff von in schmierigen Lumpen gehüllten Männern überflutet. Man

konnte glauben, von Seeräubern überfallen zu sein. Kreischend und wild gestikulierend stürzten sie sich auf das Gepäck der wenigen Aussteigenden.

Kampf um die Koffer schon auf dem Schiff.

Eine ältere französische Dame hielt mit beiden Armen ihren Koffer umklammert, den ihr zwei braune Gefellen entreißen wollten. Dort wurde eine arme Reisetasche von drei der an Bord gekommenen, beinahe zerrissen. Sie schreien Hotelnamen, heulten, klapperten mit Wechselgeld und niemand wußte, wie er sich ihrem Ansturm erwehren sollte.

Ein paar Seile wurden an Bord geworfen. Zehn Männer arme zogen unseren Koloss an die Mauer. Anrirschend rief sich die Bordwand an der Kaiwand. Und nun... Wie eine ungeheure Woge wälzte sich der Strom der Leute, die am Kai standen, über Bord. Alles überflutend, sprangen sie mit nackten Füßen über Kisten, Lagedäume und Gepäck. Ihr brausendes Geschrei ließ die Luft erzittern. Wie ein Bienenschwarm ließen zehn Männer an einem Koffer. Affen wollten sie verkaufen, Papageien und falsche Ketten. Die Aussteigenden blickten halb verrückt gemacht auf ihre Koffer und glaubten, sie nie wieder zu bekommen. Die Luft dröhnte vom Gebrüll der Araber, die Augen trauten von Sägen und Meißeln der schreienden Farben.

Auf dem Oberdeck sah Tibur an seinem alten Platz und blühte lächelnd auf das Bewimmel. Neben ihm stand die soeben frisch gefüllte riesige Kaffeekanne. Ich war mit ein paar Sägen bei ihm oben. „Lebe wohl, Tibur, zum letzten Male. Laß es dir gut gehen.“

Er war ernst geworden. „Lebe wohl, Birrkopf“, sagte er. Dann murmelte er ein hebräisches Gebet. Wir gaben uns die Hand. Mit ein paar Sägen war ich wieder unten. Ich drängelte mich durch die brillenden Menschenhaufen. Der Paß war schon vorher erledigt. Dann rannte das Fallreep.

Der Traum, tausendmal im dumpfen, armseligen Zimmer geträumt, hatte Wirklichkeit angenommen. Ich stand auf afrikanischem Boden. Die Sehnüchte, tausendmal in der verfluchten Fabrik gefühlt, sollten Wirklichkeit werden.

Ich stand mitten unter den lauten Menschen am Kai, aber keiner wollte meinen Koffer tragen, denn ich hatte keinen. Und keiner bot mir einen Affen an, denn meine Hosen waren zerbeult. Ueber das Fallreep strömten Haufen von Arabern, die meisten mit leeren Händen. Immer noch zankten sich drei um einen Koffer. Aengstlich trippelten die Besitzer der Koffer hinterher.

Plötzlich ein Gewühl. Kreischend stießen sie dann auseinander. Drei Männer liegen am Boden und schlagen aufeinander ein. Drei Meter vor ihnen steht das Streitobjekt. Ein großer lederner Reisekoffer. Und während sie sich gegenseitig die Fäuste in die Gesichter stoßen, geht seelenruhig einer mit zerrissenem Burnus an den Koffer, wirft ihn sich auf das breite Kreuz, schreit „Hotel d'Afrique —?“ und trottet drei Meter vor dem Reisenden in das Innere der glühend heißen Stadt.

Pölschen in weißen Gewändern stürmen rücksichtslos durch die Menge und schlagen mit ihren Knüppeln auf die Blutenden am Boden. Die Springen auf und rennen jeder in einer anderen Richtung davon.

Vom Oberdeck blüht immer noch mit lächelnder Ruhe mein Freund Tibur herunter. Uebermorgen ist er in Jerusalem. Ich stehe neben einem Schuppen und suche ein wenig Schatten. Aber hier ist kein Schatten, die Sonne steht bereits senkrecht am Himmel. Also, auf dem Kai in die Stadt. Tibur wird mich nicht mehr erkennen, wenn ich wilsche. Ich greife in die Tasche und ziehe mein Taschentuch heraus. Ein Stück Papier fällt mir auf den heißen afrikanischen Boden. Es ist ein 100-Franken-Schein. Kein anderer als er, der persische Jude, kann ihn mir heimlich hineingesteckt haben.

„Tibur“ brüllte ich. Aber meine Stimme geht im Geschrei der braunen Menschen unter. Mein Taschentuch weht hin und her. Aber Tibur hat alte Augen und kann mich nicht mehr sehen.

Sterbe sanft in deinem Jerusalem, alter ehrwürdiger Kaffeetrinker, denke ich, und blide andächtig dankbar auf den 100-Franken-Schein. Dann schlendere ich in die erste beste Gasse.

Als ich um die Jahrhundertwende zur Vorbereitung für das Eindringen in das innere Marokko keine Spähaussflüge unternahm, führte mich der Weg auch nach der halbwegs zwischen Tanger und Fez gelegenen Stadt Alkazar-Elkebi, die damals etwa 10000 Einwohner zählen konnte. Wir kamen erst ziemlich spät in der Nacht an, und ich zog es deshalb vor, nicht mehr in die Stadt selbst einzutreten, sondern im Zelte außerhalb zu übernachten. Aber am nächsten Morgen erschien ein vornehmer Araber und bot mir sein Landhaus für die Zeit meines Aufenthaltes als Quartier an, moorn ich natürlich gern Gebrauch machte. Aber Welch ein Anblick bot sich mir, als ich den Weg zu meinem neuen Heim zurücklegte! Es sah wahrhaftig aus, als befände ich mich in einer ungeheuren Vogelkolonie! Rassenhaft waren meine gesiederten Lieblinge vertreten, namentlich die Störche in schier ungläublicher Zahl vorhanden. Auf den Häuschen standen allenthalben Storchennester, oft drei und vier auf einem einzigen Dache, und die Langbeiner tummelten sich roht ungeachtet unmittelbar vor den Augen des Menschen. Heute werden sich durch die französische „Civilisation“ diese Verhältnisse ja wohl gründlich geändert haben, aber damals gab es in der ziemlich weitläufig gebauten Stadt entschieden mehr Störche als Menschen. Man wäre am liebsten immer mit dem Regensturm spazieren gegangen, denn alle Augenblicke kam aus der blauen Luft ein tüchtiger Kotballen auf uns nieder. Aber die Einwohner waren daran gewöhnt und kümmerten sich nicht viel darum. Da auch bei ihnen der Storch als heiliger Vogel gilt und noch die allgemeine Tierliebe des Mohammedaners hinzukommt, so fiel es niemandem ein, den Störchen wegen ihrer duffigen Willkommensgrüße etwa gram zu sein.

Auch sonst gab es in der Stadt ungläublich viel Vogelleben, und nächst den Störchen spielten wohl die reisenden kleinen Falkenarten die Hauptrolle. Daneben fehlte es natürlich auch nicht an den gewöhnlichen kleinen Vogelarten, und als eine besonders gute Beobachtungsquelle erwies sich der bei meinem Hause angebrachte Garten. Hier kicherten Lurmfalken, jauchzte der Feigenfresser seine wohlklingende Strophe, kamen Reiher über das Stadtbild gezogen, ergötzen uns possierliche Wiedehöpfe, die bei uns so schein sind und dort selbst das dichteste Marktgemühl belebten. Die Storchennester standen teilweise so niedrig, daß man vom Fußboden aus mit der Hand hineinpassen konnte. Sie waren größtenteils auch von einer Unmenge Spähen besetzt. Kurz, das Städtchen Alkazar-Elkebi bot uns auf Schritt und Tritt Gelegenheit zur Beobachtung eigenartigsten Vogel Lebens. Die Vögel haben bald herausbekommen, daß ihnen der Mensch nichts tut und haben deshalb nahezu alle Menschenscheu abgelegt. — Wie mag es heute wohl dort aussehen?

## Walter A. Persich: Der Tag beginnt viel später...

Ist es eigentlich schon hell? Es kommt auf die Jahreszeit an — jedenfalls kann man um vier Uhr früh in den richtigen Stadtgegenenden mehr als ein paar Brot- oder Milchleute an der Arbeit sehen, für die der Tag um diese Zeit beginnt, bevor er begonnen hat! Straßenreinigung und Straßenbau hält bestimmt tausend schaffende Hände am Werk, im Sommer fahren in der Frühe die Sprengwagen, denen die Kolonnen der Straßenkehrer folgen, in der Uebergangszeit schurren und rattern die Wagen mit den riesigen Schmutzrollen über das Pflaster und im Winter geht es mit „Hü“ und „Holl“ zur Schneefahrt, damit die Straßen für die Kolonnen der Hunderttausende in den eigentlichen Tagesstunden passierbar sind. Ausbesserungen an Schienen der Straßenbahnen werden gleichfalls in notwendigen Fällen nachts vorgenommen — weithin zuckt des blauen, herrlich-romantische Licht der elektrischen Gebläse, mit denen man schweift, vor dem fahlen Himmel auf — ein paar hundert Schritte weiter im Strohhalmdepot werden die Wagen für den Tagesbetrieb hergerichtet, das heißt gewaschen, geschwärt, Frauen reiben Wessing und Scheiben blank, Männer hantieren mit Wasser-spreizen und überschütten die fahrbaren Gehäuse mit reinigendem Naß. Schließlich und endlich im Morgengrauen erscheinen Schaffner und Führer, um ihre Wagen in Betrieb zu nehmen und schütternd und klingelnd faust der erste Wagen durch die Straßen, hier und da an einer Haltestelle die noch verschlafenen Früharbeiter gemeinsam mit verschollenen Nachtbummlern aufzunehmen.

Vorher arbeiten vor den heißen Oefen die Bäcker, überstäubt von Mehl und Hefe, im Telefonamt gähnt die Nachtbesetzung der Abholung entgegen, in den Elektrizitätsstationen sind ununterbrochen die Maschinen und Schalterbretter, die Zeiger der Strommesser zu übermachen, die Portiers von Amts-, Geschäfts- und Privatgebäuden mit Zentralheizung haben neu zu feuern, damit der Morgen gut durchgeheizte Zimmer findet, im Umkreis der Städte sind Hunderte von Wagen, Pferdegespanne, Autos, Güterzüge in Bewegung, die alle den täglichen Bedarf frischer Lebensmittel herbeiführen, auf den Schlachthöfen wird das Vieh angeliefert, auf den Gemüsemärkten schichten sich die Waren, einstuweils ungeordnet, an den Verkaufsständen. Die Nachtpatrouille der Polizei marschiert ihre letzte Runde ab, im Kriminalgewahrsam werden die Papiere Eingeliefert für die erste Vernehmung gefischt oder Photos herausgeholt, die Hausdiener der Hotels sind mit Stiefelpugen, Anzugbürsten, Vorbereitung der Abfahrt der Reisenden, die Frühzüge benutzen wollen, beschäftigt. Der Nachtportier riskiert einen kleinen Halbstundenschlaf und die Tagchauffeure dufeln vor sich hin, bis ein versperrter Fahrgast doch noch einen Wagen nimmt.

Jetzt marschieren die Laternenanzünder durch die Straßen, um das überflüssig werdende Licht abzdrehen, die Bahnhöfe öffnen, Schalterbeamte, Gepäckträger, Zugbegleiter, Streckenbeamte und -arbeiter beziehen ihre Posten, Zugführer werden geholt, der Bahn-telegraph arbeitet fieberhaft — Zeitungshändler worten nerods vor den Postalen der Druckereien, um die Morgenausgaben in Empfang zu nehmen — denn auch die Rotationspresse und alle die Bediensteten, vom Chef des Dienstes bis zum Segelehrting, haben Nachtsschlaf.

Nachtschlaf hat auch die Post für Telegramm- und Eilbriefdienst, für Fertigstellung der Sendungen, die mit den ersten Zügen hinaus müssen, Nachtarbeit hat der Künstler, dem die späten Stunden manche Inspiration bringen, und Früharbeiter ist ein anderer Künstler, der seine Werke im Licht der ersten Morgenstunden zu schaffen gewohnt ist.

In den großen Kontorhäusern haben bis jetzt die Fenster groß geklautet, dort und in den Vergnügungstätten haben die Reimmachefrauen ein paar Stunden souverän geherrscht — und in den Industrien, die, vielleicht infolge glücklicher Augenblicke oder Saisonkonjunktur mit Aufträgen gesegnet sind, lurrten weiter die Maschinen, wurde Kohstoff verarbeitet, konnte die Nacht und der frühe Morgen keine Ruhe...

Die stille Fassade der Straßen ist ein Täuschungsmanöver von fast mittelalterlicher Herkunft: die Stadt kennt keine Minute Ruhe! Der Tag beginnt viel später — aber die Arbeit ist... ein „laufendes Band“!

# Michail Sojtschenko: Die Badeanstalt

Man sagt, Bürger, in Amerika soll es vorbildliche Badeanstalten geben. Du kommst hin, ziehst dich aus, tuft deine Sachen in einen besonderen Kasten und gehst dich waschen. Kein Mensch macht sich da die geringste Sorge wegen Diebstahls oder so; man braucht nicht mal eine Nummer. Höchstens, daß mal ein ganz besonders Vorsichtiger zum Bademeister sagt: „Good bye, gib mal schön acht!“ Unser Amerikaner wäscht sich, kommt zurück und erhält seine Wäsche schon sauber gewaschen und geplättet. Das Hemd schneemeiß, die Unterhosen gestopft und gestickt. Das ist ein Leben!

Ueber unsere Badeanstalten kann man sich ja auch nicht beklagen. Waschen kann man sich bei uns auch. Aber mit den Nummern hapert es bei uns.

Vorigen Sonnabend ging ich in die Badeanstalt. (Schließlich kann man doch nicht nach Amerika fahren.) Man gab mir also zwei Nummern. Eine für die Wäsche, die andere für Mantel und Ruhe.

Wo soll aber ein nackter Mensch die Nummern lassen? An den Bart kann man sie sich doch nicht binden. Ich band also an jeden Fuß eine Nummer und ging hinein. Die Nummerst Klaischten beim Gehen an die Füße. Das war nicht sehr angenehm. Aber gehen muß man doch. Ich mußte sogar sehr viel gehen. Ich mußte mir nämlich eine Schüssel suchen. Ohne Schüssel kann man sich dort nicht waschen.

Ich mache mich also auf die Suche nach einer Schüssel. Was sehe ich da? Ein Bürger wäscht sich in drei Schüsseln. In der einen steht er. In der zweiten wäscht er sich den Kopf, und die dritte hält er trampfhaft mit der linken Hand fest, damit sie ihm keiner wegnimmt.

Ich lange nach seiner dritten Schüssel, will sie ihm wegnehmen. Aber er löst sie nicht los. „Was fällt dir ein“, sagt er, „fremde Sachen zu stehlen! Gib nur acht, daß ich dir nicht mit der Schüssel eins auswische! Dann hast du nichts zu lachen.“

Ich erwidere: „Wir sind nicht mehr unterm Jarenregime. Jetzt wird nicht mehr mit Schüsseln gehauen. So ein Egoismus! Andere wollen sich doch auch waschen. Wir sind doch hier nicht im Theater.“ Aber er dreht mir den Rücken zu und wäscht sich unbefümmert weiter.

„Ich kann doch schließlich hier keine Brühelei mit ihm anfängen“, denke ich. „Und jetzt wird er sich absichtlich drei Tage lang waschen.“

Ich gehe also weiter.

Nach einer Stunde sehe ich, wie irgend so ein Onkel ganz in Gedanken — oder ob er sich nach der Seife gebückt, die ihm weggerutscht ist? — seine Schüssel losgelassen hat. Jedemfalls habe ich mir diese Schüssel zu Gemüte gezogen.

Jetzt habe ich also eine Schüssel, aber keinen Platz zum Eigen. Und wie soll man sich im Sieben waschen?

Gut! Ich stehe also, halte die Schüssel in der Hand und wasche mich.

Aber um mich herum — Herr, du mein Gott! — wird große Wäsche gewaschen. Der eine reinigt seine Hosen, der andere schrubbt seine Unterhosen, der dritte wäscht wer weiß was noch alles. Kaum hat man sich gewaschen, so ist man schon wieder schmutzig. Dabei sprigen sie, die Teufel, und einen Krach machen sie; man verliert wahrhaftig die Lust, sich zu waschen. „Hol sie der Teufel“, denke ich, „werde mich zu Hause fertig waschen.“

Ich gehe in den Borraum. Man händigt mir meine Wäsche aus. Alles gehört wirklich mir, nur die Hosen nicht. „Bürger“, sage ich, „bei meinen vor hier ein Loch, und bei diesen ist es da.“ Aber der Bademeister sagt: „Wir haben hier nicht die Löcher zu bewachen. Wir sind hier nicht im Theater.“

Gut! Ich ziehe also diese Hölse an und gehe, um meinen Mantel zu holen. Man händigt mir aber den Mantel nicht aus. Man verlangt die Nummer. Die Nummer habe ich aber am Fuß vergessen. Ich muß mich also wieder ausziehen. Ich ziehe die Hosen aus, suche meine Nummer; die Nummer ist nicht da. Die Schnur hängt doch am Bein, aber die Nummer ist fort. Ich reiche dem Bademeister die Schnur, aber er nimmt sie nicht. „Auf die Schnur kann ich keinen Mantel herausgeben“, sagt er. „Da könnte jeder kommen und eine Schnur bringen. So viele Mäntel haben wir gar nicht. Warte, bis alle fort sind; dann geh' ich dir den, der übrig bleibt.“

„Brüderchen“, sage ich, „wenn nun aber der allererschlechteste übrig bleibt. Ich werde dir die Merkmale sagen: Die eine Tasche ist kaput, und die andere ist nicht vorhanden. Und was die Knöpfe betrifft“, sage ich, „so ist der oberste da, die unteren aber sind gänzlich abwesend.“

Er hat ihn mir dann doch ausgehändigt. Und die Schnur hat er nicht genommen.

Ich ziehe mich also an und gehe auf die Straße hinaus. Plötzlich fällt mir ein, daß ich meine Seife vergessen habe. Ich gehe wieder zurück. Aber was meinen Sie? Im Mantel läßt man mich nicht hinein.

„Ziehen Sie sich aus!“ sagt man mir. „Ich kann mich doch wahrhaftig nicht zum dritten Male ausziehen.“ sage ich. „Ich bin doch hier nicht im Theater. Ersetzen Sie mir wenigstens den Wert der Seife!“

Das tun sie nicht. Dann nicht! Wie sie wollen. Ich gehe also ohne Seife. Der Leser ist sicher neugierig, zu erfahren: Was ist das für eine Badeanstalt? Wo befindet sie sich? Wie ist die Adresse? Was für eine Badeanstalt? Nun, eine ganz gewöhnliche. Eine für'n Großen. (Aus dem Russischen Uebersetzt von Alma Deppert.)



# Hitler mit der Flugwaffe.

Der Befehl wird nicht bestritten. — Schon Landesverratsgeschrei!

Die Tatsache, daß Hitler dazu aufgefordert hat, ein nationalsozialistisches Fliegertorps zu bilden, und daß er zu diesem Zwecke Leute sucht, die „mit der Fliegerwaffe ausgebildet sind“, wird von der Reichsleitung der NSDAP nicht bestritten. Sie versucht vielmehr, die Dinge auf ein Nebengleis abzuschieben. Sie redet viel davon, daß sie keine Albatrossflugzeuge gekauft habe, sie polemisiert gegen den „Sturmpogel“, den sie den „kommunistischen Flugverband der Erwerbslosen“ nennt. (Für sie ist jeder Sozialdemokrat ein Kommunist und jeder Werttätige ein Erwerbsloser.) Aber von der Hauptsache redet sie nicht, daß Hitler Leute sucht, die mit der Flugwaffe ausgebildet sind.

Es redet aber der „Vokalanzeiger“, und zwar in folgenden Tönen:

„Man brauchte nicht davon Notiz zu nehmen. Aber die Sache hat ihre ernstere Seite. Ist zwischen der „Weltbühne“ und ihrer „Statistik“ und diesen Links-Schlagzellen noch ein großer Unterschied? Dort wie hier werden keine „Geheimnisse“ verraten, aber das Herausposaunen einer nicht vorhandenen Razi-Luftflotte, eines in Bildung begriffenen „Fliegertorps“ ist in unserer heutigen Lage nicht am Landesverrat. Die Form ist maßgebend — und daß wir alle den Schwindel in Genuß bei den Abrüstungsverhandlungen vorgelegt bekommen werden.“

Das ist eine dreiste Beschimpfung aller Kritiker, die sich mit dem gefährlichen Unfug der Militärspielerei in Hitlers Jungkriegertruppe beschäftigen! Hitler hat nicht Flieger gesucht, sondern Personen, die mit der Flugwaffe ausgebildet sind! Ebenso gut könnte er ausgebildete MG-Schützen oder Minenwerfer suchen!

Es handelt sich um keine Erfindung der Kritiker, um keine Aufschaukelung, es handelt sich darum, daß ein öffentlicher Befehl Hitlers in seinem militärischen Verordnungsblatt öffentliche Kritik erfahren hat.

Die Dreistigkeit des Vokalanzeiger aber zeigt, wie man in diesen Kreisen die Rechtsprechung des Reichsgerichts im Falle Kreiser-Ossiegly bewertet. Man erblickt auf der Rechten in dieser Rechtsprechung ein Mittel, um jede Kritik an verbrecherischen Bürgerkriegsrüstungen als Spionage und Landesverrat diffamieren und unterbinden zu können!

Es gibt ein sicheres Mittel, um jede ungünstige Einwirkung auf die Abrüstungskonferenz zu unterbinden. Es besteht darin, daß die Reichsregierung energig gegen die Hitlerische Militärspielerei einschreitet!

## Hitlers neueste Gründung.

Genosse Walter Binder schreibt uns:

Seit Wochen hat es sich die deutsche Reichspresse angelegen sein lassen, den republikanischen Flugverband Sturmpogel durch eine Flut von Lügen aller möglichen politischen Umtriebe zu verdächtigen. In neuesten Nachrichten aus dem tschechischen Hauptquartier Hitlers zeigen mit Deutlichkeit, daß es sich hier offenbar um eine Entlastungslampagne handelt, um die Aufmerksamkeit von denjenigen Stellen abzulenken, die von Woche zu Woche eine zunehmende Aktivität entfalten, eine Aktivität, welche sich zielbewußt gegen Staat und seine Ordnung richtet.

Herr Hitler befiehlt „allen mit der Flugwaffe ausgebildeten Mitgliedern der NSDAP, die in der Lage sind, den republikanischen Flugverband Sturmpogel durch eine Flut von Lügen aller möglichen politischen Umtriebe zu verdächtigen. In neuesten Nachrichten aus dem tschechischen Hauptquartier Hitlers zeigen mit Deutlichkeit, daß es sich hier offenbar um eine Entlastungslampagne handelt, um die Aufmerksamkeit von denjenigen Stellen abzulenken, die von Woche zu Woche eine zunehmende Aktivität entfalten, eine Aktivität, welche sich zielbewußt gegen Staat und seine Ordnung richtet.“

„Herr Hitler befiehlt „allen mit der Flugwaffe ausgebildeten Mitgliedern der NSDAP, die in der Lage sind, den republikanischen Flugverband Sturmpogel durch eine Flut von Lügen aller möglichen politischen Umtriebe zu verdächtigen. In neuesten Nachrichten aus dem tschechischen Hauptquartier Hitlers zeigen mit Deutlichkeit, daß es sich hier offenbar um eine Entlastungslampagne handelt, um die Aufmerksamkeit von denjenigen Stellen abzulenken, die von Woche zu Woche eine zunehmende Aktivität entfalten, eine Aktivität, welche sich zielbewußt gegen Staat und seine Ordnung richtet.“

Die von einem Montagsblatt gebrachte Meldung vom Ankauf von 25 modernen Flugzeugen aus den Kreisen der SA mag in dieser Form unrichtig sein. Jedenfalls unterliegt es keinem Zweifel, daß die Nazis seit längerer Zeit auf dem Gebiete des Flugwesens eine in höchstem Maße beunruhigende Aktivität entfalten.

Bei den letzten politischen Aufgeböten der NSDAP in Braunschweig und Hessen traten Holenkreuz-Flugzeuge in Funktion, deren Eigentumsverhältnisse und Finanzierungsquellen einer näheren Untersuchung wert sind.

Wenn es sich hier nur um eine propagandistische oder sportliche Angelegenheit handelte, so könnte man leicht darüber hinweggehen. Wer jedoch die durch das Vorheimer Dokument erklärte Bürgerkriegsentscheidung der Hitlergardien kennt, der wird der hier am Himmel auftauchenden Bedrohung der öffentlichen Ordnung ernsthaft Beachtung widmen! Schon der von Hitler benutzte Ausdruck „Flugwaffe“ besagt genug, was gemeint ist. Eine Privatluftflotte in den Händen einer finanziell starken Gruppe von unerbittlichen Staatsfeinden, die heute bereits unbehelligt die Freiheit wagen dürfen, von ihrer „Flugwaffe“ zu reden und sie zu organisieren, das stellt eine unerträgliche Provokation der republikanischen Bevölkerungstreffs dar.

## Nazis mit Gasbomben.

Sagen den Film „Im Westen nichts Neues“.

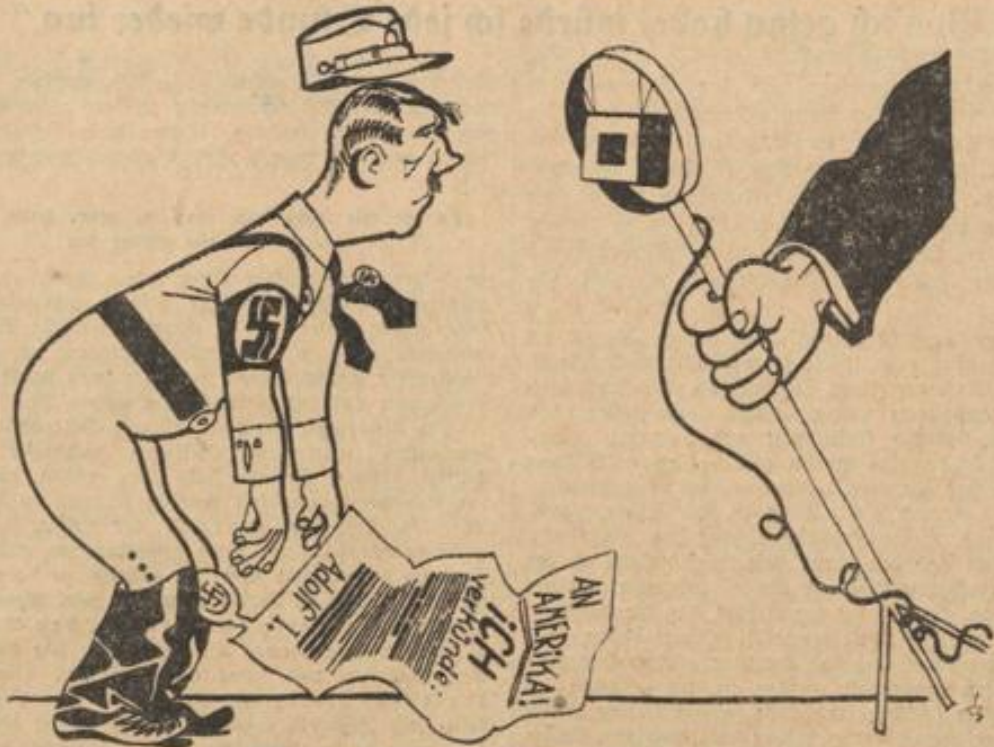
Jhehoe, 14. Dezember. (Eigenbericht.)

In Brunsbütteltoog demonstrieren vor einigen Tagen Nationalsozialisten mit Gasbomben gegen die Aufführung des Remarque-Films „Im Westen nichts Neues“. Die Bomben, die Jinnobber, Harz und Alorjaures Kali enthielten, sind von SA-Führern, die im Auto von Meldorf und Eddelat nach Brunsbütteltoog gekommen waren, geworfen worden. Ehe sie ihren Auftrag ausführten, hatten die Nazis im Hotel eine Zusammenkunft, in deren Verlauf sie auch Wutzperuche veranstalteten.

## Verbot der „Roten Fahne“ aufgehoben.

Das vom Postzelpräsidenten bis zum 17. d. M. ausgesprochene Verbot des Erscheinens der „Roten Fahne“ ist verhängt worden und sie darf von heute ab wieder erscheinen.

# Der verhinderte Schmußolini.



Zwischen Lipp' und Mikrophon  
Schwebt der Mächte Hand, mein Sohn!

# Die Beseitigung der Luftwaffe.

Groener über Deutschland auf der Abrüstungskonferenz.

Reichswehrminister Dr. Groener gewährte dem Vertreter eines amerikanischen Korrespondenzbüros ein Interview, in dem er sagte:

Die immer wieder vorgebrachte Behauptung von dem militärischen Wert der deutschen Wehrverbände ist eine Legende. Der militärische Wert könnte nur auf der sorgfältigen militärischen Schulung und auf der Übung im Waffengebrauch beruhen. Beide Voraussetzungen fehlen bei den deutschen Wehrverbänden, während sie bei den gleichwertigen Organisationen fremder Länder, z. B. bei den polnischen Wehrverbänden, vorhanden sind. Es gibt in Deutschland keine militärische Jugendausbildung wie bei den Nachbarstaaten Deutschlands, bei denen sie zum Teil obligatorisch ist. Es fehlt den deutschen Wehrverbänden an Waffen jeder Art. Die aus dem Krieg stammenden Bestände sind unter Aufsicht der Internationalen Militär-Kontrollkommission vernichtet worden. Die Reuenserzeugung von Kriegswaffen darf nur in wenigen von den früheren Gegnern genau vorgeschriebenen Fabriken erfolgen und nur für die Zwecke der Reichswehr. Die gesamte übrige Rüstungsindustrie Deutschlands mußte zerstört oder auf friedliche Verwendungszwecke umgestellt werden. Waffenbesitz in der Zivilbevölkerung ist schon aus rein innerpolitischen Gründen gänzlich verboten und mit drakonischen Strafen bedroht. Die Reichswehr selbst verfügt nach den Bestimmungen von Versailles nur über eine Garnitur an Waffen und Ausrüstung. Es wäre also unmöglich, im Kriegsfall die Wehrverbände aus Beständen der Reichswehr zu bewaffnen; und ebenso unmöglich ist es, diese privaten Organisationen zu innerpolitischen Zwecken zu mobilisieren und sie etwa als Reserve der Polizei und der Wehrmacht einzusetzen.

Jede Vermischung mit den parteipolitisch und weltanschaulich untereinander in scharfem Gegensatz stehenden Wehrverbänden würde die staatlichen Rachmittel innerlich schwächen und sie zerstören. Gerade daraus ergibt sich mein rücksichtsloser Kampf gegen jede parteipolitische Beeinflussung der Reichswehr; und gerade deshalb unterhält die Reichswehr keine Beziehungen zu irgendeinem Wehrverband.

Der Verwendungszweck von Zivil- und Kriegsflugzeugen ist grundverschieden und demgemäß weichen auch die technischen Eigenschaften beider Flugzeugarten weit voneinander ab.

„Der Kampf eines umgebauten Handelsflugzeuges mit einem Kriegsflugzeug fände unter denselben Bedingungen statt wie ein Kampf zwischen einem bewaffneten Handelsdampfer und einem modernen Kreuzer.“

Wer aus diesem Kampf als Sieger hervorgehen würde, bedarf keiner Begründung. Aber selbst, wenn die theoretische Möglichkeit bestände, Zivilflugzeuge in Kriegsflugzeuge umzubauen, was bedeutet dann die geringe Anzahl derartig umgebauter deutscher Flugzeuge gegen die französische Militärflotte, die nach den Worten des französischen Luftfahrtministers über 2800 Flugzeuge ohne Reservebestände umfaßt? Deutschland hat in Genuß den Weg gezeigt, um alle Gefahren, die aus der Luftwaffe kommen können, zu bannen. Die von ihm beantragte

### gänzliche Abschaffung der Militärluftfahrt

und das Verbot des Bombenabwurfs aus Flugzeugen aller Art für alle Mächte wären die wirksamsten Mittel, um die Offensivkraft der neuzeitlichsten Kriegswaffe zu brechen, die Bevölkerung vor den Gefahren des Luftkrieges zu schützen und die besüchtete Verwendung der Zivilflugzeuge als Bombenträger zu verhindern. Leider ist dieser Antrag von der Vorbereitenden Abrüstungskommission nicht angenommen worden. Undenkbar ist eine Völkerverbundstreitmacht, die lediglich das Volkzugsorgan der militärisch stärksten Staaten darstellt. Seine Realisierung würde die kleinen Staaten und die Völker, die wie Deutschland schon abgerüstet haben, mehrlos der Machtspolitik der hochgerüsteten Staaten ausliefern. Das Gebot der Stunde heißt Abrüstung und nicht Sabotage der Abrüstung durch Aufwerfen von Problemen, deren Lösung entweder undurchführbar oder erst in ferner Zukunft möglich ist.

Denfalls der deutschen Grenzen sind die Hiere auf dem Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht aufgebaut. Hinter dem offinen Friedensheeren der Nachbarn Deutschlands, die fast eine Million Mann stark sind, stehen

nahezu 10 Millionen ausgebildeter Reservisten, für die Bewaffnung und Ausrüstung in den Arsenalen bereitliegt.

Die Deutschland aufgezwungene Wehrorganisation der kleinen Be-

ruhswehrrmacht erlaubt weder das Ansammeln militärischer Reservisten noch die Bereitstellung von Reservematerial. Bei den Nachbarstaaten Deutschlands werden die Grenzen durch neuzeitliche Befestigungen mit ungeheurem Geldaufwand gesichert. Deutschland aber mußte an seiner Westgrenze eine entmilitarisierte Zone beiderseits des Rheins einrichten und darf in weiten Gebieten an der Ost- und Südgrenze keine Befestigungen anlegen. Alle deutschen Landfestungen mit Ausnahme von Königsberg sind entwaffnet oder geschleift.

Dasselbe Verhältnis der militärischen Stärke besteht auch in der Seerüstung. Während das Displacement für die jetzt vielgenannten Erfahrungsaunten vormaligen Vinienschiffe auf 10 000 Tonnen beschränkt wurde, gelten für die capital ships der anderen Seemächte 35 000 Tonnen als Höchstdisplacement. Gegenüber den Washington-Kreuzern mit 10 000 Tonnen Wasserdrängung und 21-Zentimeter-Beschützen dürfen die leichten deutschen Kreuzer nur 6000 Tonnen Größe und 15-Zentimeter-Beschütze haben. U-Boote, Flugzeugträger und jede Marineflugrüstung sind Deutschland verboten. Die Gesamttonnage der Kriegsmarine Englands übersteigt 1 Million Tonnen, Japan hat eine Flotte von 800 000, Frankreich eine solche von etwa 650 000 Tonnen. Die deutsche Gesamttonnage aber beziffert sich auf nur 125 000 Tonnen. Frankreich baut in jedem Jahre 50 000 Tonnen neue Kriegsschiffe, in drei Jahren also mehr, als das Gesamtdisplacement der deutschen Flotte beträgt.

Aus diesem Unterschied an Reich und Macht und aus den feierlichen Verpflichtungen der Siegermächte, dem deutschen Beispiel in der Abrüstung zu folgen, ergeben sich die Grundzüge der deutschen Abrüstungspolitik. Sie lassen sich in den kurzen Worten zusammenfassen: Gleichberechtigung, Gleichheit in den Methoden der Abrüstung und gleiche Sicherheit für alle Völkerverbundmitglieder.

Es gibt keine Gleichberechtigung, solange in der internationalen Abrüstung zwischen Siegermächten und besiegten Staaten unterschieden wird. Es gibt keine Lösung der Sicherheitsfrage, solange Deutschland den Gefahren der Offenrüstung seiner Nachbarn ausgesetzt ist.

„Sicherheit durch Abrüstung“ und nicht „Erst Sicherheit, dann Abrüstung“ heißt die Parole für die Abrüstungskonferenz von 1932 und für die Befundung der Welt in wirtschaftlicher, politischer und moralischer Hinsicht.

## Pleite bis zum Nordkap.

Zwei norwegische Banken stellen Zahlungen ein.

Oslo, 14. Dezember.

Die Karste Creditbank, Oslo, und die Bergens Privatbank, Bergen und Oslo, stellen mit dem morgigen Tage ihre Zahlungen ein. Auf Antrag beider Banken hat das Kabinett entsprechend der einschlägigen Bestimmung des Bankgesetzes beschlossen, die sich aus den Zahlungseinstellungen ergebenden üblichen Folgen für drei Monate zu verschieben, um ja den Banken Zeit zur Beendigung der Verhandlungen zu gewähren, die zur Reorganisation beider Banken eingeleitet worden sind.

## Spaniens Kurs unverändert.

Azana bleibt Ministerpräsident.

Madrid, 14. Dezember.

Die Regierung Azana ist nach dem Amtsantritt des Staatspräsidenten Zamora zurückgetreten. Die Verhandlungen mit den Fraktionsführern zur Neubildung des Kabinetts ergaben, daß die Mehrzahl der Parteien für Fortsetzung der republikanischen Koalitionsregierung ist. Damit ergab sich die Fortdauer der Ministerpräsidentenschaft Azanas von selbst. Er wurde mit der Neubildung der Regierung beauftragt.

Weihnachtsfrieden für Denksenturke. Wie die Reichsbank mitteilt, findet am Donnerstag, dem 24. d. M. (Weihnachtsabend), eine Notierung von Denksenturken nicht statt.

Johshama, der Pariser Botschafter Japans, wird als Außenminister heimberufen.



# Wie Hauschte Graf erschoss.

„Was ich getan habe, würde ich jede Stunde wieder tun.“

Im Prozeß gegen die Schuldigen aus der Hufelandstraße wurde gestern die Vernehmung der Angeklagten abgeschlossen. Der Dritte im Bunde, der Angeklagte Hauschte, vervollständigte das Tätertrio. Er versuchte sogar, die beiden Spießgesellen im Märchen-erzählen zu übertraffen. Da er weiß, daß es keinen direkten Zeugen seiner Täterschaft gibt, glaubt er, alles glatt abstreiten zu können. Ohne Erfolg: sowohl die Bezeichnung durch seinen Mitangeklagten Kollag, als auch seine indirekte Selbstbezeichnung ist nicht ungeschehen zu machen.

Von seinem Leben erzählte Hauschte nur soviel, daß er im schlesischen Grenzschutz tätig war, später seine Mutter verließ, weil er mit den politischen Ansichten seines Vaters und dessen beiden Söhnen, die Reichsbannerleute waren, nicht einverstanden sein konnte. Er geriet in schlechte Gesellschaft und beging verschiedene Diebstähle. In Berlin will er als SA-Mann wiederholt von politischen Gegnern, auch von Reichsbannerleuten, überfallen und verletzt worden sein. „Hätte ich eine Pistole gehabt, ich hätte mich gemehrt.“ Seine Darstellung über den Wachdienst in der „Angriff“-Zentrale und den Gang zum Verkehrslokal in der Hufelandstraße, den Zusammenstoß mit Bruno Schneider schildert er ungefähr wie Kollag. Er ist aber der Ansicht, daß die Gäste im Schneiderschen Laden nur auf den Augenblick gelauert haben, über das Verkehrslokal herzufallen, und daß der Bruno Schneider nicht Gäste begleitet, sondern vorgeschickt worden sei, um „Anstoß zu erregen“. Auch Hauschte schildert die Dinge so, als sei der Angeklagte Becker auf seine Veranlassung in den Schneiderschen Laden gegangen, weil er und seine Kameraden geglaubt hätten, irgendeiner der SA-Leute sei da hineingeschleppt worden. Kaum war Becker drin, als unter Führung des alten Schneiders eine „Reute“ von 25 bis 30 Mann herbeigezogen sei. Es wurde gerufen: „Erschlagt die Hunde“, man begann auf ihn und Kollag einzuschlagen, es fiel ein Schuß, gleich darauf ein zweiter, er sah auch eine Pistole in der Hand eines Gegners und erhielt einen Schlag mit einem harten Gegenstand über den Kopf von so großer Wucht, daß er besinnungslos zusammenbrach. Erst als er die Sirene des Ueberfallkommandos hörte, raffte er sich auf und ließ im Sturmschritt davon. Ein Mann lag lang hingestreckt auf dem Boden; es konnte ja auch ein SA-Mann sein, sagt Hauschte. Es war aber der von ihm erschossene Graf.

Seine Flucht aus Berlin schildert Hauschte gleichfalls ganz harmlos. Von irgendeinem Befehl könne keine Rede sein. Er traf Kollag; dieser sagte, er wolle küssen; er war auch gleich bereit mitzumachen, holte sich 70 Mark aus seiner Wohnung, und man fuhr nach Oranienburg. Ganz zufällig kam Becker in Oranienburg hinzu. Aus Neubrandenburg fuhr auch er zuerst nach Berlin, und später über München nach Italien, wurde aber ausgewiesen, weil er hiesige Arbeit angenommen hatte. In Aulstern lernte er den Angeklagten Weber kennen. Von diesem ließ er sich den Paß geben. „Was haben Sie Becker erzählt?“ fragt der Vorsitzende.

„Ich habe ihm erzählt, daß ich in Berlin zwei Reichsbannerleute erschossen habe.“

Ich habe es nur getan, weil ich wollte, daß er mir seinen Paß gibt; und den Paß wollte ich nur haben, weil ich ihm nicht traute und ihn in die Sache verwickeln wollte.“ Und solch einen Instanz mag der Bürsche dem Gericht vorzulegen. Ob er eine Pistole besitzen habe, fragt der Vorsitzende. Nein, sagt Hauschte. Früher habe ich einmal eine Wärmepistole gehabt. Daß Becker geschossen hat, weiß er nicht. Er hat sogar trotz des Geständnisses des Becker, geschossen zu haben, erklärt, wenn der das behauptet, so sei er von Einem. Der Vorsitzende hält Hauschte vor, daß er in Feldberg seinen Kameraden in allen Einzelheiten erzählt habe, in welcher Weise er Graf den Kopfschuß beigebracht hatte. Ja, sagt Hauschte jetzt, ich habe das erzählt, weil Kollag mich gefragt hat, weshalb ich geschossen sei. Es war nur reine Brählererei. Ich wollte auch mit der Sache zu tun haben. Vorsitzender: Sie haben aber auch schon in Berlin Kollag die Handbewegung vorgemacht, wie sie auf Graf geschossen haben. Der Angeklagte bestreitet das. Nicht bestreiten kann er aber den Inhalt eines Kaffiers und eines Briefes; beide waren von ihm geschrieben. In dem Kaffier, den er aus dem Innsbrucker Gefängnis herausgeschmuggelt hat, hieß es u. a.: „An meiner Aussage ändere ich kein Wort. Eine

Waffe habe ich nicht gehabt. Nur Wärmepistole. (Jetzt bestreitet er auch das. Der Berichterstatter.) Becker ist unschuldig. Was sonst noch ist, ist nicht schlimm. Unter keinen Umständen gebe ich zu, daß ich geschossen habe.“ Und in einem Brief an einen SA-Mann heißt es:

„Es tut mir nicht leid; was ich getan habe, würde ich jede Stunde wieder tun;“

dabei spreche ich diesem System das Recht ab, mich dafür einzulassen.“ Weiter schreibt er, daß er und seine Kameraden das Recht gehabt hätten, sich zu wehren. Er lobt Becker wegen dessen Schweigen und spielt auf Kollag Berräterei an. Was tut also dem Angeklagten Hauschte nicht leid? Er kann damit nur den von ihm verursachten Tod des Reichsbannermannes Graf gemeint haben.

Der Angeklagte Becker, früherer Mitarbeiter des „Glauchauer Tageblattes“, später am „Völkischen Beobachter“ in München beschäftigt, erklärt, Hauschte habe ihm erzählt, daß er Silvester in eine Schlägerei verwickelt worden sei und in Rotwehr geschossen habe. Der Angeklagte Vorath, der Kollag, Becker und Hauschte in Neubrandenburg zur Seite gestanden hat, will nichts Strafbares begangen haben, gibt aber zu, gemüht zu haben, daß Kollag in irgendeiner Sache in Berlin verwickelt war. Außerst ausschweifend sind die Protokolle der Kollag'schen Vernehmungen in der Voruntersuchung. Er läßt darin gar keinen Zweifel darüber, daß er und seine Genossen von einer bestimmten Berliner Stelle die Reiseroute, die Befehlsweisungen und Reise- wie Zehrgeld erhalten haben. Es sei eben die Stelle, die schon viele solche Geschichten vorher gemacht hat. Er war überzeugt davon, daß die gleiche Stelle, die ihn und seine Kameraden über die Grenze gebracht hat, auch für das weitere Fortkommen sorgen und mit falschen Papieren versorgen würde.

Eindeutig sind auch Kollag Aussagen darüber, mer den ersten Schuß abgefeuert hat. Es war Becker. Das hat er in unzähligen Protokollen immer aufs neue wiederholt und noch bei seiner letzten Vernehmung ausgeführt mit der Betuierung, daß er die reine Wahrheit sage. In einem Protokoll heißt es u. a.: Ich habe die Aussagen ganz freiwillig gemacht und bin von keiner Seite gezwungen worden. Alles ist die Wahrheit. Also muß auch Wahrheit gewesen sein, daß er in Hauschtes Hand einen kurzen revolverähnlichen Gegenstand gesehen hat, daß Hauschte von dem Angeklagten Briefe drei Patronen bekommen hat, und daß Hauschte ihm erzählt hat, wie er auf Graf geschossen hat. Hofft Hauschte trotz alledem sich herauszuwinden?

Die Verhandlung beginnt heute um 10 Uhr.

## Justiz.

### Schwere Strafen gegen Reichsbannerkameraden.

Hannover, 14. Dezember. (Eigenbericht.)

Am Montag wurden hier zwei Reichsbannerleute wegen schwerer Körperverletzung zu je fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Ein dritter erhielt drei Monate Gefängnis mit Bewährungsfrist, während die beiden anderen Angeklagten in Haft blieben. Zwei angeklagte Reichsbannerleute wurden freigesprochen. Ein Haftentlassungsantrag der Verteidigung für die in Haft befindlichen Reichsbannerleute wurde mit der Begründung der Verdunkelungsgefahr und der geradezu unerhörten Annahme abgelehnt, daß die Angeklagten versuchen würden, die Zeugen, die zu ihren Ungunsten ausgesagt haben, durch Gewalt oder durch Androhung mit Gewalt einzuschüchtern und sie dadurch zu einer günstigen Aussage zu bestimmen.

Das Verfahren hat in der hannoverschen Arbeiterschaft einen ungeheuren Entrüstungssturm hervorgerufen, zumal der Urheber der Schlägerei, einer der berühmtesten nationalsozialistischen Propagandisten, als Zeuge auftrat und das einzige Opfer der Schlägerei ein freigemeinschaftlich organisierter Arbeiter ist, der jetzt noch im Krankenhaus an einer schweren Schädelverletzung darniederliegt.

Churchill verunglückt. Winston Churchill, der sich auf einer Tournee durch die Vereinigten Staaten befindet, ist beim Ueberqueren einer Straße von einem Auto umgestoßen worden. Er erlitt Verletzungen an der Schulter und im Gesicht und mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

## Der streng legale Pfrimer.

Vorläufig verschweigt er seine amtlichen Helfer.

Graz, 14. Dezember. (Eigenbericht.)

Unter den 36 Geheimpolizisten, aus denen die 12 Richter ausgelost wurden, waren nicht weniger als 14 organisierte Heimathändler!

Pfrimer erklärte, er fühle sich nicht schuldig, da die Verfassung nicht legal sei! Der Kaiser habe 1918 dem Volk die Entscheidung übertragen, das Volk sei damals nicht befragt worden.

Er habe keinen Bußschuß begehen wollen, sondern empfohlen, jeden Zusammenstoß mit der Exekutive zu vermeiden. Die Heimwehr sei schon dreimal vorher, 1922, 1927 und auch im August dieses Jahres, von Behörden als bewaffnete Hilfstuppe in Anspruch genommen worden! Das Ziel einer September-Aktion sei gewesen, daß ein Teil der bewaffneten Heimwehren auf Wien losmarschiere, der andere die Provinzorte besetze. Er habe damit gerechnet, daß sowohl in Kärnten wie in Nieder- und Oberösterreich die Heimwehr ebenfalls unter die Waffen gerufen werde. Allerdings habe er sich darin geirrt. Er habe sicher gehofft, daß die Regierung nachgeben würde. Die erste Maßnahme der Bußschiffen hätte die Streichung der rückständigen Steuern sein sollen, dann hätte das Volk entscheiden sollen, ob Republik oder Monarchie. Dann habe man eine Verfassung auf ständischer Grundlage schaffen wollen, die unter dem Druck der Heimwehr nicht leicht sogar das Parlament geschlossen hätte!

Die Aktion sei zum Teil durch Gerüchte ausgelöst worden, nach denen die Sozialdemokraten und Kommunisten einen Streich planten.

Im übrigen habe er bestimmte Inhaltspunkte dafür gehabt, daß die Exekutive und Regierung der Aktion nicht feindlich gegenüberstehen würden. Mehr könne er vorläufig nicht sagen. Die Proklamation sei bereits 1929 verfaßt worden und zwar von maßgebenden Persönlichkeiten, die er vorläufig nicht nennen wolle. Diese Persönlichkeiten hätten Hochverrat begangen, nicht er. Er habe die Proklamationen erst herausgeben wollen, sobald er die Gewalt im Staate hätte.

Einer der Verteidiger Pfrimers, der Grazer Rechtsanwalt Klich hat schon vor Beginn des Prozesses die Verteidigung niedergelegt, weil er einen Mann nicht vertreten könne, der die Verfassung für illegal erkläre. Während der Mittagspause durfte der größte Teil der Zuhörerschaft die Angeklagten auf Tischnäher begreifen. Nachmittags wiederholte Pfrimer, daß er auf ein Einvernehmen mit der Regierung gehofft habe, und zwar hätte dafür Landeshauptmann Rintelen sorgen sollen. Drei weitere Angeklagte, die sich in der Voruntersuchung, solange Pfrimer nicht verhaftet war, auf diesen ausgesprochen und alle Schuld auf ihn geschoben hatten, stellten ihre früheren Aussagen als unrichtig hin und erklärten, sie hätten sich bei der Aktion überhaupt nichts gedacht, sondern nur einen Befehl zum Ausrücken Folge geleistet.

Öffentliche Degradation. In Begrenzung einer großen Menschenmenge und in Anwesenheit der gesamten Garnison wurden in Bukarest Major Barcaru und vier Unteroffiziere und Soldaten, die wegen Spionage zugunsten Russlands zu 5 bis 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden sind, öffentlich degradiert. Infolge mangelnder Abperierung kam es zu Tumulten, so daß die Degradation erst mit zweistündiger Verspätung vorgenommen werden konnte.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für den Inhalt: Hans Kwietsch. Druck: Kwietsch & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. (Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

## Erkältungen, Magenbeschwerden

Ich trinke den Kwietsch's Universal-Tea frühmorgens auf und trinke ihn abends kalt als Abendgetränk und bekomme mit demselben gegen Reiben sehr gut. Wenn ich merke, daß ich Reiben bekomme, trinke ich denselben 2-3 mal am Tage, etwa in 3 Tagen ist mein Reiben fort, sonst schleppes ich mich wochenlang hin. Ich möchte den Tee nicht missen. Sind die Kinder krank oder ist der Magen zu sehr beladen, eine halbe Tasse Tee, sofort arbeitet der Magen. Erkältungen der Kinder, sonst lange anhaltend, sind in 2-3 Tagen vorüber. Ich trinke den Tee jeden Abend. Dieses ist alles keine Einbildung; der Tee hilft tatsächlich.

Hochachtungsvoll H. Marmorindustrie, Fürstentum, 19. 9. 27. Seit 30 Jahren in fast allen norddeutschen Apotheken à M. 1.50 käuflich, sonst durch unsere Versandapotheke. Brosch. ärztliche Gutachten gratis durch Hans Kwietsch, Chem. Fabrik, Berlin SW 68 V., Alexandrinenstraße 20a.

# WERTHEIM Heute Dienstağ Billige Lebensmittel

Zusendung von 5 M an. Obst, Gemüse u. leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt

### Frisches Fleisch

Ochsen-Suppenfl. Pfd. 0.54	Schweinebauch u. Schuff. 0.64
Ochsen-Gulasch Pfund 0.74	Kahler-Kamm u. Schuff. Pfund 0.68
Ochsen-Schmorfl. Pfd. 0.88	la Berl. Bratwurst Pfd. 0.88
Gehacktes . . . . . 0.58	Bratfertiges Fett Pfund 0.58
Kalbsbrust u. Rücken, Pfund 0.58	Rindertalg 5 Pfd. 1.40 Pfd. 0.30
Kalbsroulade bratfertig Pfund 0.88	Euter Pfd. 0.22 Herzen 0.38
Kalbsschnitzel Pfund 1.08	Lunge 0.26 Backe Pfd. 0.30

### Obst u. Südfrüchte

Rote Kähndchen 3 Pfd. 0.25
Jägeräpfel . . . . . Pfund 0.15
Amerik. Äpfel Pfd. 0.24
Jaffa-Orangen 3 Pfund 0.75
Feigen Pfd. 0.30 Päckch. 0.22
Datteln . . . . . Karfon 0.45
Walnüsse 0.28 Para-nüsse 0.44
Haselnüsse . . . . . Pfund 0.48

### Wurstwaren

Dampfwurst u. Fleischwurst Pfd. 0.75
Landleberwurst Pfund 1.15
Meistwurst (Braunsch. Art) Pfund 0.90
Feine Leberwurst 1.38 1.08
Zerelat u. Salami 1.15
Zerelatwurst im Feildarm 1.32
Schinkenspeck 1.25
Nußschinken ca. 2 Pfund schwer, Pfd. 1.45
Gek. Schinken geschn.-o. schw. 1/2 Pf. 0.35

Aptelsinen 3 Pfund 46 Pf.	Mandarinen 3 Pfund 58 Pf.
<b>Geflügel, Wild</b>	<b>Fische</b>
Hühner . . . Pfund von an 0.70	Rofbars ohne Kopf, Pfund von an 0.20
Wolgahühner Pfund von an 0.70	Aländer . . . Pfund von an 0.38
Enten . . . . . Pfund von an 0.75	Grüne Heringe 3 Pfund v. an 0.50
Kaninchen gestrellt, Pfund von an 0.75	Leb. Schleie Pfd. von an 0.65
Hasen gestrellt, Pfd. v. an 0.84	Leb. Karpfen Pfd. v. an 0.70

<b>Mastgänse</b> Pfd. 72, 82, 92 Pf.
<b>Gefror. Gänse</b> Pfd. v. an 65 Pf.

<b>Hirschfleisch</b> Pfd. v. an	<b>Rehfleisch</b> Pfund von an
Blatt Rücken Keule	Blatt Rücken Keule
56 Pf. 68 Pf. 85 Pf.	85 Pf. 1.10 1.18

Kaffee frisch gebrannt, Pfd. 1.80 2.20 2.60 3.00 3.40 3.80

**Geschenkkörbe**  
in jeder gewünschten Zusammenstellung von 5 M an

<b>Konserven</b> 1/2 Dose	<b>Backartikel</b>
Junger Spinat . . . . . 0.42	Olympia-Mehl 5-Pfund-Beutel 1.55, 1.45 1.35
Gemüse-Erbsen . . . . . 0.52	Rauhreif-Mehl 5-Pfund-Beutel 1.55
Haushalt-Gemüse . . . . . 0.60	Auszugmehl 0.30 0.28 0.26
Bruchspargel dünn . . . . . 1.10	Kartoffelmehl Pfund 0.20
Apfelmus . . . . . 0.48	Sultaninen Pfd. 0.78, 0.38 0.38
Pflaumen-Konf. 1/2 Eimer 0.95	Rosinen . . . . . Pfund 0.45 0.46
<b>Käse u. Fett</b>	Korinthen . . . . . Pfund 0.44 0.56
Camembert vollfett, Schachtel 0.20	Ziironat, Oranget 1.00
Harzerkäse ca. 1-Pfd.-Pak. 0.30	Mandeln süß 2.28, 1.74 1.40
Tilsiter vollfett . . . . . Pfund 0.68	Kokosnuß geraspelt, Pfd. 0.42
Holländer u. Edamer vollfett, Pfund 0.70	Mohnblau, Pfd. 0.36 weiß 0.52
Briekäse vollfett . . . . . Pfund 0.72	<b>Räucherwaren</b>
Schweizer bayr., vollfett, Pfund von an 1.00	Fettbücklinge Pfd. v. an 0.32
Roh- u. Bratenschmalz 0.52	Schellfisch Pfund von an 0.34
Margarine u. Kokosfett, 2 Pfund 0.75	Sproufen Pfd. 0.32 Klisch. 0.30
Molkereibutter Pfd. 1.24 1.10	Lachs in Stücken, Pfund von an 1.30
Markenbutter allergenfrei Pfund 1.32	Oltsardinien 5 Dosen von 0.95
Dän. Butter . . . . . Pfund 1.34	

**Rheinpfälzer** Weißwein Liter 70 Pf.  
**Dürkheimer** Rotwein, Liter 80 Pf.



# Bankpolitik in der Notverordnung.

## Keine wirtschaftspolitischen Reinigungsmaßnahmen vorgesehen.

Die Notverordnung bringt neben den einschneidenden Bestimmungen über Lohn- und Preisabbau, über Zins- und Mietentlastung sowie den steuerlichen Vorschriften noch weitere wirtschaftspolitisch bedeutsame Vorschriften. Wir greifen die wichtigsten zur kritischen Beleuchtung heraus.

### Die bankpolitischen Vorschriften

Der Notverordnung sollen die Bestimmungen über die Zinsentlastung bei langfristigen Schulden ergänzen. Dabei ging die Regierung offenbar davon aus, daß Zwangseingriffe in die Zinsbildung bei kurzfristigen Krediten noch viel gefährlicher werden können als bei langfristigen Schulden. Wäre man bei den kurzfristigen Krediten so weit gegangen wie bei den langfristigen, so wäre nicht nur der Kapitalmarkt gestört worden, sondern es wären auch tiegehende Störungen im Kreditverkehr und eine neue Welle der Beunruhigung bei den Sparkasseneinsparern die Folge gewesen.

Andererseits haben die Banken die Kreditkrise dazu benutzt, die Zinsspannungen zu erhöhen und auf diesem Wege teilweise die Verluste, die sie bei ihren schlechten Schuldner erleiden, auf ihre guten Schuldner abzumwälzen. Der hohe Reichsbankdiskont wirkte so für die Wirtschaft besonders verheerend; die Belastung der Unternehmungen mit Bankzinsen betrug 13 bis 14 Proz. im Normalfall, Bankzinsen von solcher Höhe müssen aber den Kreditdruck verschärfen.

Die Notverordnung beauftragt den Bankkommissar, mit den Spitzenorganisationen des Bankgewerbes auf dem Verhandlungswege Vereinbarungen über die Soll- und Habenzinsen bis zum Jahresende herbeizuführen. Die Freiwilligkeit dieser Vereinbarungen wird allerdings dadurch eingeschränkt, daß sie der Zustimmung des Bankkommissars bedürfen und daß darüber hinaus der Kommissar verpflichtet ist, wenn keine freiwilligen Vereinbarungen zustande kommen, von sich aus im Einvernehmen mit der Reichsbank die erforderlichen Bestimmungen zu erlassen. Zur Verschärfung des Drucks kann auf Antrag des Bankkommissars vom Reichswirtschaftsministerium einzelnen Banken der Betrieb von Depotgeschäften untersagt werden. Damit erhalten die Spitzenorganisationen des Bankgewerbes allerdings den Charakter von Zwangsartikeln.

Werden diese Bestimmungen der Notverordnung nach den Grundgedanken volkswirtschaftlicher Vernunft durchgeführt, so muß man sie als einen Fortschritt in der Richtung zur faktischen Organisierung der Kreditwirtschaft anerkennen. Denn sie geben dem Staat die Möglichkeit an die Hand, Ueberhebungen von Zinsspannen durch Bankkartelle ebenso zu verhindern wie die Anlockung von Einlegern durch übermäßige Zinsangebote, wie sie von unsoliden und zweifelhaften Banken zum Schaden der Gesamtwirtschaft immer wieder austauschen.

Die unmittelbare Wirkung dieser Bestimmungen der Notverordnung war die Herabsetzung des Ausgangspunktes der Sollzinsen der Banken von 2 auf 1 Proz. über Reichsbankdiskont. Da gleichzeitig auch der Diskont selbst um 1 Proz. herabgesetzt wurde, ist damit eine Ermäßigung der Sollzinsen um 2 Proz. eingetreten. Weitere Maßnahmen auf diesem Gebiet müssen noch abgewartet werden.

### Aktienrechtliche und Bilanzvorschriften.

Am Aktienrecht wurde eine kleine Lücke ausgefüllt, die die Notverordnung über die Aktienreform gelassen hatte. Die Vorschriften über die Kommanditgesellschaften auf Aktien werden dahin erweitert, daß die persönlich haftenden Gesellschafter auch darin dem Vorstand der Aktiengesellschaft gleichgestellt werden, daß sie die gleichen Pflichten gegenüber dem Aufsichtsrat haben und Kredite bei der eigenen Gesellschaft nur unter den gleichen Bedingungen erhalten können, wie bei der Aktiengesellschaft.

Die Ausfüllung dieser Lücke ist gewiß zu begrüßen. Das viel größere Loch ist aber geblieben, daß die entscheidenden Bestimmungen der Aktienrechtsreform noch immer nicht in Kraft getreten sind und auch davon abgesehen noch viel größere Lücken in der Aktienrechtsreform bestehen geblieben sind.

Wichtig ist ferner eine Bestimmung über die Aufstellung der Bilanz. Die Notverordnung ermächtigt die Reichsregierung, mit Rücksicht auf die Wirtschaftskrise generell, also für sämtliche Kaufleute, die zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet sind, Bestimmungen über die Darstellung des Vermögensstandes in den Bilanzen zu erlassen. Das bedeutet wohl, daß die von vielen Seiten an die Regierung herangetragene Anregung, die Aufstellung der Bilanzen zu verschieben, fallen gelassen wird. Was aber die Bestimmung praktisch bedeuten wird, läßt sich

noch nicht übersehen. Offenbar denkt man in erster Linie daran, angesichts des Verfalls der Börsenturle und des Mangels an Börsenturle Erleichterungen für die Bilanzierung von Wertpapieren zu schaffen. Es müßte aber im Interesse der Ueberwindung der Wirtschaftskrise entschieden dagegen Einspruch erhoben werden, wenn etwa beabsichtigt sein sollte, entgegen den klaren Vorschriften der Notverordnung über die Aktienrechtsreform die Fiktivierung gefälschter Bilanzbilder zu gestatten und den Unternehmungen über die volkswirtschaftlich und konjunkturpolitisch notwendigen Verlustabreibungen und Sanierungen hinwegzuhelfen. Man kann die Wirtschaftskrise nicht dadurch überwinden, daß man den Kopf in den Sand steckt, sondern nur dadurch, daß man die Wirtschaft vom Sande, der in das Wirtschaftsgelände geraten ist, befreit. Davon aber ist in den Bilanzbestimmungen der Notverordnung leider noch kein Anhaltspunkt zu entdecken.

### Bestimmungen über Zwangsvollstreckungen.

Die Notverordnung dehnt den bisher auf den landwirtschaftlichen Osten beschränkten Vollstreckungsschutz auf sämtliche, also auch auf städtische Grundstücke im ganzen Reich aus, allerdings ohne Verbindung mit Umschuldungsverfahren und besonderer Zinsentlastung bzw. Herabsetzung der Kapitalforderungen. Der Vollstreckungsschutz ist an bestimmte Bedingungen geknüpft und auf höchstens sechs Monate beschränkt, bei landwirtschaftlichen Grundstücken äußerstenfalls bis zum 30. September 1932. Es handelt sich aber auch bei diesen Maßnahmen um einen Eingriff in die Gläubigerrechte, der zwar wesentlich milder ist als bei der Ostnotverordnung, aber immerhin im Zusammenhang mit der allgemeinen Zwangszinsentlastung dazu beitragen kann, die Versorgung der Wirtschaft mit Realrediten zu erschweren.

Eine andere wichtige Bestimmung besagt, daß Gläubiger, die bei Zwangsvollstreckungen von Grundstücken zu kurz kommen, die Veräußerung des Zuschlags beantragen können, wenn das Reistgebot unter 70 Proz. des Grundstückswerts bleibt. In diesem Falle ist ein neuer Termin innerhalb von drei bis sechs Monaten anzusetzen, bei dem der Zuschlag aus diesem Grund nicht mehr verhindert werden kann. Durch diese Bestimmung sollen nachstellige Gläubiger vor einer Verschleuderung des Grundstücks, die nur den erstgestellten Gläubiger befriedigt, geschützt werden. Damit wird die Gewährung von nachstelligem Hypotheken und von Personalkrediten an Grundstücksbesitzer etwas erleichtert.

### Finanzielle Erleichterung bei Konzernauflösungen.

Bisher hatte sich die Gesetzgebung darum bemüht, den Zusammenschluß von Unternehmungen durch Steuererleichterungen zu begünstigen. Es ist ein Zeichen der Zeit, daß jetzt umgekehrt durch die Notverordnung ähnliche Steuererleichterungen für die Auflösung von Unternehmenskomplexen und für den Fall der Liquidation geschaffen werden. Auf diese Weise wird es Konzernen, die durch die Krise in Schwierigkeiten geraten, erleichtert, diese Schwierigkeiten durch die Auflösung des Konzernzusammenhangs oder durch die Veräußerung einzelner Betriebe zu überwinden. Mit einer solchen Erleichterung von Sanierungen wird man sich in einer Zeit, die Sanierungen zur dringlichen volkswirtschaftlichen Notwendigkeit gemacht hat, einverstanden erklären können, auch wenn dadurch geringfügige Einbußen im Steuerertrag in Kauf genommen werden müssen. Um so ernster ist es aber, daß die Notverordnung selbst die Herbeiführung von notwendig gewordenen Sanierungen nicht erzwingt.

### Erschwerung von Kompensationsgeschäften.

Mit dem Fortschreiten der Bankkonzentration wurden viele Vermittlungsgeschäfte der Banken im Effektenverkehr, die bis dahin über die Börse gelaufen waren, innerhalb der großen Banken durch Aufrechnung abgewickelt (Kompensationsgeschäfte). Die Geschäfte der Börse wurden dadurch eingeschränkt und damit auch die Geschäfte der Börsenmakler. Die Banken ließen sich Provisionen zahlen, ohne daß sie dafür Kosten hatten. Die Notverordnung legt nun auf Kompensationsgeschäfte eine Ausgleichsteuer, die den Banken die bisher bezogene Prämie beschneidet.

Im ganzen ist zu diesen Bestimmungen zu sagen, daß sie wirtschaftspolitisch zu rechtfertigen sind, daß ihnen aber die jetzt so unentbehrliche wirtschaftsreinigende Zielsetzung vollständig fehlt. Auch hier Entlastungen und Erleichterungen nach allen Seiten, aber keine Bemühung, die innerwirtschaftlichen, von der Weltkrise unabhängigen deutschen Krisenursachen zu teilen. Das Fortbestehenlassen der alten Krankheit häuft aber die Wirkung der alten Krankheitsherde, womit alle Erleichterungen und Entlastungen in kurzer Zeit wieder unwirksam werden müssen.

# Japan gibt Goldwährung auf.

## Arbeitet der Dollar gegen den Yen?

In Japans Wirtschaft ist ein Wechsel eingetreten, der für Ostasien von ähnlicher Bedeutung sein kann wie die Preisgabe des Goldstandards Englands für den Westen. In den letzten Monaten sind die Goldreserven der Tokioer Zentralbank stark zusammengeschumpft; der Zwang zu Goldveräußerungen hat sie auf 580 Millionen Yen (1 Yen = 2,09 M. oder etwa 1/2 Dollar) sinken lassen gegen noch 819 Millionen Yen im November vorigen Jahres und noch 1,63 Milliarden zur gleichen Zeit 1929. In London wurde der japanische Yen zuletzt nur noch mit 40 Cents gegen 50 Cents Parität notiert, gemessen am amerikanischen Dollar. Es ist also ein Kursverlust von 20 Proz. eingetreten, ein deutlicher Ausdruck des internationalen Mißtrauens. Die japanische Regierung hat jetzt offiziell, wie es die englische Regierung getan hat, die Bindung an den Goldstandard preisgegeben; das heißt die japanische Notenbank wird kein Gold zur Stützung des Yen mehr versenden. Die Börse von Tokio ist geschlossen worden. Am letzten Börsenlag hat sich bereits eine stürmische Aktienhauffe entwickelt, was damit zusammenhängt, daß man der neuen japanischen Regierung Inflationsabsichten zutraut.

Der Gedanke ist nicht abwegig, daß auch politische Ursachen das Schicksal der japanischen Währung beeinflussen. Es wäre denkbar, daß man der japanischen Regierung durch Operationen gegen den Yen begünstigt macht, daß die Operationen ihrer Generale in den Mandchurei für den wirtschaftlichen und politischen Frieden der Welt zu förderlich sind. Die japanische Regierung betont natürlich, daß ausschließlich wirtschaftliche Gründe für ihre Maßnahmen entscheidend gewesen seien.

# Klöckner ist optimistisch.

## Tiefpunkt der Krise erreicht. — Demagogische Erklärungen zur Preisentlastung.

Auf der Generalversammlung des Klöckner-Konzern machte der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Peter Klöckner, längere Ausführungen über die wirtschaftliche Lage.

Zu der Frage der Preisentwicklung auf dem Weltmarkt und in Deutschland erklärte er, daß die Kohlenpreise im Dezember vorigen Jahres um 1,50 M. und die Eisenpreise um 9 M. je Tonne herabgesetzt wurden, während die Auslandspreise nach und nach um mehr als 40 M. abgebaut wurden. Klöckner gibt also zu, daß die deutsche Schwerindustrie ihre Produkte zu Schlunderpreisen im Auslande absetze und sich diese Verluste durch den deutschen Abnehmer mit Hilfe des inländischen Monopols wieder bezogen lieh.

Daß die Schwerindustrie nach wie vor entschlossen war, ohne Druck von oben an dieser verhängnisvollen Politik festzuhalten, bezugen die Kommentare Klöckners zur letzten Notverordnung, mit denen er beweisen will, daß die verordnete Preisentlastung durch die neuen Lohnopfer, die den Arbeitern zugemutet werden, nicht ausgeglichen werde. Diese Behauptung ist glatte Demagogie, denn die fortgesetzte Steigerung der Förderleistungen je Kopf der Belegschaft hat die Lohnkosten je Tonne Kohle seit Anfang 1930 um 2 bis 3 M. gesenkt, während der Preisabbau nur eine Erhöhminderung um etwa 1,82 M. im Durchschnitt aller Sorten vorfleh.

Zum Schluß erklärte Klöckner, daß die Exportaussichten wegen des Währungszerfalls in der Welt zunächst sehr schlecht seien, doch glaube er, daß der Tiefpunkt der Krise erreicht sei und schon im Sommer nächsten Jahres eine Besserung spürbar werden würde. Der angestaute Bedarf in der Welt könne dann schneller, als man es heute annehme, zu einer Belebung der Exportmärkte beitragen.

# Neue Bankstützungen.

## Deffauer Landesbank und Chemnitzer Handelsbank.

Die Tätigkeit des Bankkommissars äußert sich immer wieder in Hilfeleistungen des Reiches zugunsten von bedrohten Banken. Mittelbar oder unmittelbar gibt das Reich Kredite oder übernimmt in Zusammenarbeit mit der Reichsbank Garantien. Die immer noch fortbestehende Unsicherheit im deutschen Kreditwesen kommt darin deutlich zum Ausdruck, aber auch die Tatsache, ein wie bedeutsamer Sicherheitsfaktor der Staat in der gegenwärtigen Krise ist. Bedauerlich nur, daß man trotz der zahlreichen Stützungen noch immer nicht die einzig mögliche Konjunkturziele, eine ausreichende Banken- und Kreditkontrolle einzuführen, die allein den Steuerzahler und die Bankentwandschaft vor Schädigungen bewahren kann.

Die Anhalt-Deffauer Landesbank, die größte Bank dieses kleinen Landes, mußte jetzt von der Reichskredit A.-G. gestützt werden, deren Aktien bekanntlich voll im Besitz des



# SALAMANDER.

SCHUHE nicht nur seit 1. Juli mehr als 10 Prozent billiger, sondern so billig wie vor dem Kriege! Und ebenso gut!

# 12<sup>50</sup>



Reiches sind. Die Reichskredit K.-G. stellt der Dessauer Landesbank Beträge bis zu 5 Millionen Mark zur Verfügung, nachdem sich ergeben hat, daß der Status der Bank diese Stützung rechtfertigt. Die anhaltische Staatsregierung übernimmt für einen Teil dieses Betrages eine Staatsgarantie. Die Stützung durch die Reichskredit K.-G. erfolgt derart, daß die Reichskredit den Wechseln der Dessauer Landesbank ihre Unterschrift zur Verfügung stellt, wodurch die Wechsel über die Akzept- und Garantiebanks bei der Reichsbank diskontiert werden können. Die Reichskredit K.-G. läßt den übrigen die Geschäftsführung der Dessauer Landesbank durch die Delegation eines Aufsichtsratsmitgliedes kontrollieren.

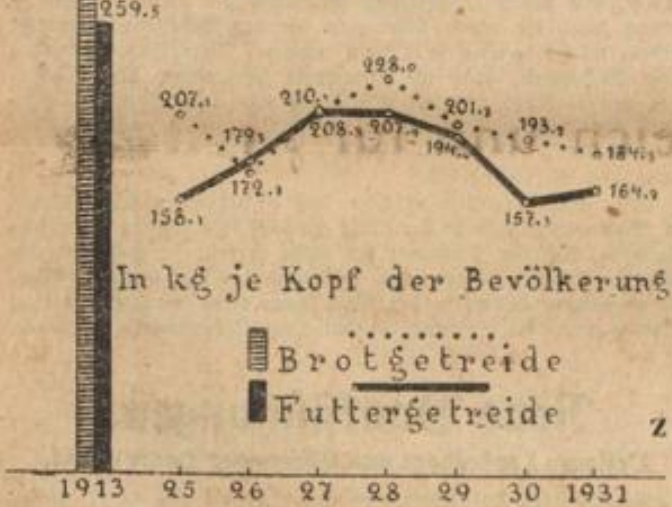
Ein zweiter Fall ist die Chemnitzer Handelsbank, die zu dem Kreis der gewerblichen Kreditgenossenschaften gehört. Hier sind teilweise durch statutenwidrige Geschäfte Verluste von 1,4 Millionen Mark eingetreten; das Bekanntwerden der Verluste hat starke Abzüge der Kundenschaft zur Folge gehabt. Durch das Eingreifen des Reichs erhält die Chemnitzer Handelsbank einen Bereitschaftskredit von 1 Million Mark, der über die Reichsbank geht. Dieser Kredit ist an die Bedingung geknüpft, daß das Kapital der Gesellschaft durch Erhöhung des Genossenschaftsanteils von 500 auf 800 M. vermehrt wird. Das Reich übernimmt ferner eine Ausfallsbürgschaft im Betrage von 750 000 M. Hier handelt es sich offenbar um Maßnahmen zugunsten des Mittelstandes ähnlich wie bei der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz. Maßnahmen, die hier freilich eine Gefährdung der Bank verhüten sollen.

## Was geht bei der Emelka vor? Arbeitsniederlegung der Belegschaft.

Innerhalb der Verwaltung der Emelka-Filmgesellschaft ist es in den letzten Tagen zu schwerwiegenden Auseinandersetzungen gekommen. Im Mittelpunkt dieser Verwaltungs-differenzen steht das französische Aufsichtsratsmitglied Kohan, der im Gegensatz zur Direktion spekulative Aktientransaktionen vornehmen wollte. Die in diesem Zusammenhang verbreitete Nachricht einer Verlegung des Produktionsgeschäftes von München nach Berlin hat innerhalb der Belegschaft selbstverständlich größte Erregung hervorgerufen.

Der Betriebsrat hatte zur Klärung der Lage an den in Berlin tagenden Aufsichtsrat die Frage gerichtet, warum die Vertreter des Betriebes zur Sitzung nicht hinzugezogen seien, und warum der Direktor Schach und der Regisseur Grune zurückgetreten seien. Bei Nichtbeantwortung dieser beiden Fragen hatte der Betriebsrat die Niederlegung der Arbeit für Sonnabend nachmittag angedroht. Da der Aufsichtsrat auf die Anfrage des Betriebes nicht reagierte, wurde die Arbeitsniederlegung durchgeführt. Der Betriebsrat dementiert ausdrücklich die Gerüchte, die Emelka, wie es verschiedentlich hieß, in Zahlungsschwierigkeiten geraten sei und dementsprechend auch die Löhne nicht hätte auszahlen können.

## Brot- u. Futtergetreide-Verbrauch in Deutschland



## Friedenshütte beantragt Geschäftsaufsicht. Verschärfte Krise in der ostoberschlesischen Eisenindustrie.

Der Aufsichtsrat und der Vorstand der Friedenshütte in Rattowitz haben beschlossen, die gerichtliche Geschäftsaufsicht zu beantragen. Dieser beschleunigende Schritt der Verwaltung ist im wesentlichen durch die außerordentliche Verschärfung der Krise in der Eisenindustrie Ostoberschlesiens bedingt. Im Zusammenhang mit der Einstellung der Lieferungen nach Sowjetrußland ging die Produktion bei der Friedenshütte, der Bismarckhütte sowie der Königs- und Leuzschühle sprunghaft zurück. Sie dürfte gegenüber dem Hochsommer um mehr als 40 Proz. gesunken sein.

Zußerdem sind diese Unternehmungen durch die Finanzkrise schwer in Mitleidenschaft gezogen worden, da der englische Bergbau den polnischen Kohlenexport nicht nur vom skandinavischen Markt verdrängt hat, sondern bereits nach Danzig und in das Karbidgebiet eingedrungen ist. Bei der Friedenshütte kommt hinzu, daß die Schwierigkeiten des Werkes noch dadurch besonders verschärft wurden, daß die Steuerbehörden rückständig mit Pfändungen gegen das Unternehmen vorgegangen sind, obwohl bereits Entscheidungen des Obersten Verwaltungsgerichtes zugunsten des Werkes vorliegen. Durch diese Maßnahmen sind Kreditverhandlungen der Friedenshütte — u. a. auch mit deutschen Bankern — die dicht vor dem Abschluß standen, unterbrochen worden.

Vorsichtige Bilanz im AEG-Konzern. Die Verwaltungsgesellschaft (Holding) des AEG-Konzerns, die Bank Elektrischer Werke, hat für 1930/31 ihre Dividendenzahlung eingestellt, nachdem in den vorhergehenden sechs Jahren die Dividende auf 10 Proz. stabilisiert war. Diese Dividendeneinstellung ist nur zum Teil auf den Ertragsrückgang zurückzuführen, obwohl sich bei den Beteiligungen und Wertpapieren der Dividendenausfall bei Bergmann und Grube Leopold bereits bemerkbar macht. Vielmehr ist der Ausfall der Dividende als eine Vorsichtsmassnahme anzusehen, die auch in der hohen Sonderabrechnung von 1,8 Millionen auf die Beteiligungen zum Ausdruck kommt. Außerdem werden im Februar die Aufwertungsabzählungen für Teilschuldverschreibungen aus der Vorkriegszeit fällig, für die die Gesellschaft flüssige Mittel bereithält, da sie auf einen Stundungsantrag verzichtet hat.

Gehälterabbau in den Oststaaten. Wie aus Reval und Helsingfors gemeldet wird, hat die estnische Regierung eine Kürzung der Gehälter um 2 bis 20 Proz. und der finnländische Reichstag eine Gehaltskürzung um 5 bzw. 10 Proz. beschlossen.

# BBMZ. entdeckt Mußvorschriften.

## Er legt die Notverordnung aus.

Wie im „Abend“ bereits kurz mitgeteilt, hatte der Schlichter von Berlin-Brandenburg das Metallkartell und den Verband Berliner Metallindustrieller für gestern zu Verhandlungen über die Neufestsetzung der Berliner Metallarbeiterlöhne geladen.

Der Schlichter machte von dem Recht, das ihm die Notverordnung gibt, bindend zu entscheiden, über die Regelung der Löhne ab 1. Januar keinen sofortigen Gebrauch. Er versuchte vielmehr, die Parteien zum Abschluß einer Vereinbarung zu bewegen. Dieser Versuch scheiterte jedoch infolge der Hartnäckigkeit der Unternehmer, die sich genau wie bei den Parteierhandlungen am Freitag voriger Woche, auf den Standpunkt stellten, entsprechend der Notverordnung müßten die jetzigen Tariflöhne allgemein um 15 Proz. gesenkt werden, eine andere Lohnfestsetzung verstoße gegen die Vorschriften der Notverordnung und wäre daher nichtig.

Die Vertreter des Metallkartells führten hinsichtlich der Löhne der Hilfsarbeiter wiederum an, daß im Jahre 1927 zu den geringen Löhnen von 64 bzw. 66 Pf. eine Leistungszulage bis zu 10 Pf. pro Stunde gezahlt worden sei, heute dagegen nur noch in wenigen Betrieben bis zu 2 Pf. Leistungszulage gewährt werde. Diese Verringerung der Entlohnung müsse ihrer Auffassung nach bei der Neufestsetzung der Löhne der Hilfsarbeiter angemessen berücksichtigt werden.

Bezüglich der Facharbeiterlöhne wurde von den Gewerkschaftsvertretern eingewendet, daß ein Lohn von 87,5 Pf., wie er sich nach der Kürzung der jetzigen Tariflöhne um 15 Proz. ergibt, in einem schreienden Mißverhältnis stände zu den Löhnen, die im Januar 1927 von den Facharbeitern tatsächlich erzielt worden sind. In der Frage der Facharbeiterlöhne verwiesen die Gewerkschaftsvertreter den Schlichter auf die Bestimmung im § 4 der Notverordnung, die in solchen Fällen, wo am 10. Januar 1927 ein Tarifvertrag nicht bestand, dem Schlichter das Recht gibt, von der Kürzung der Löhne um 10 bzw. 15 Proz. abzuweichen, „wenn ihm das mit Rücksicht auf den allgemeinen Stand der Löhne und Gehälter am 10. Januar 1927 wirtschaftlich und sozial unumgänglich erscheint“.

Der Schlichter teilte den Parteien schließlich mit, daß er sich vorbehalte, vor seiner endgültigen Entscheidung die Parteien eventuell nochmals zu Verhandlungen zu laden.

Die Notverordnung sieht über die Neufestsetzung der Löhne und Gehälter in den Privatbetrieben die Senkung der Löhne und Gehälter nicht — wie der BBMZ. unterlegt — um 10 oder 15 Proz. vor, sondern auf den Stand vom 10. Januar 1927. Wo die Löhne am 10. Januar 1927 um weniger als 10 oder 15 Proz. unter den jetzt gültigen Tariflöhnen lagen, tritt auch eine entsprechende geringere Lohnsenkung ein. Davon macht die Notverordnung nur eine ausdrückliche Ausnahme: für den Kohlen- und Kalibergbau. Im übrigen gestattet sie dem Schlichter ausdrücklich eine Abweichung, wenn im Entlohnungssystem eine Veränderung eingetreten ist. Eine Umfrage wird Klarstellen, ob es im Januar 1927 allgemein üblich war, über den Tariflohn der Hilfsarbeiter hinaus Leistungszulagen bis zu 15 Proz. zu zahlen und ob heute mit diesem Lohnsystem so gut wie gänzlich aufgeräumt worden ist.

Was die Facharbeiterlöhne betrifft, für die am 10. Januar 1927 ein Lohnstarif nicht bestand, so gilt hier wie für alle anderen Arbeiter und Angestellten die Zurückführung auf den tatsächlichen Lohnstand vom 10. Januar 1927. Hätte die Notverordnung hier eine Ausnahme schaffen wollen, dann würde sie nicht ausdrücklich die Bestimmung des § 4 eingefügt haben, die dem Schlichter das Recht einräumt, von der generellen Lohnsenkung um 10 oder 15 Proz. abzuweichen, und zwar abzuweichen nicht mit Rücksicht auf irgendwelche Umstände der Gegenwart, sondern mit Rücksicht auf den Stand der Löhne vom 10. Januar 1927. Ob diese Zurückführung richtig oder falsch, gerecht oder ungerecht ist, darum dreht es sich hier nicht, sondern um die Feststellung, daß die Notverordnung — mit Ausnahme des Kohlen- und Kalibergbaus — die Lohnsenkung um 10 oder 15 Proz. als höchstmäßig und den tatsächlichen Lohnstand vom 10. Januar 1927 als Grundlage vorsieht.

Es ist im übrigen bezeichnend für den BBMZ., der doch sonst gegen jeden Zwangseingriff des Staates zu sein vorgibt, sich hier, wo er die Möglichkeit hat, ohne Zwangseingriff des Schlichters eine freie Vereinbarung zu schließen — denn die Notverordnung zwingt die Unternehmer keineswegs, die Löhne um 10 oder 15 Proz. zu senken, ja, sie berechtigt sie nicht einmal, das von sich aus zu tun —, daß der BBMZ. von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch macht, sondern es zum Zwangsschiedspruch des Schlichters kommen läßt. „Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut. Lobt die Sefuliten.“

## Lohn- und Arbeitszeit bei Nordwest. Unter dem Zwang der Notverordnung.

Essen, 14. Dezember. (Eigenbericht.)

Im Lohnstreit der Gruppe Nordwest wurde am Montag nach achtstündigen Verhandlungen ein Schiedspruch gefällt. Er verlängert zunächst den bisherigen Lohnstarif bis 31. Dezember. Ab 1. Januar gilt der Lohnstarif vom 18. Februar 1927 mit folgenden Abänderungen: Der Stundenlohn des 21-jährigen Facharbeiters beträgt 70 Pf., bisher 75 Pf., der des 21-jährigen Hilfsarbeiters 55 Pf., bisher 60 Pf.; die Akkordzahlung wird von 15 Proz. auf 10 Proz. herabgesetzt. Der Lohnstarif läuft bis zum 30. April 1932 und ist mit monatlicher Frist kündbar. Die Unternehmer haben den Schiedspruch angenommen, die Arbeiter abgelehnt. Der durchschnittliche Abbau beträgt nach den Angaben des Schlichters etwa 8 bis 9 Proz.

In der Arbeitszeit wurde folgende Vereinbarung getroffen: Die bestehende Arbeitszeit wird vom 1. bis 31. Dezember verlängert. Ab 1. Januar 1932 wird der Beginn der Sonntagsarbeit in den Stahlwerken von 19 Uhr auf 22 Uhr festgesetzt. In der erzeugenden Industrie beträgt die Arbeitszeit für diejenigen Betriebe, die bisher 37 Stunden an sechs Tagen gearbeitet haben, 34 Stunden. Das trifft in der Hüttenindustrie den Hauptteil der Arbeiter. In der weiterverarbeitenden Industrie beträgt die Arbeitszeit 48 Stunden gegen bisher 52 Stunden. Die Unternehmer sind berechtigt, nach Anhörung des Betriebsrates weitere Mehrarbeit anzuordnen, wenn es betriebsnotwendig erscheint oder vorliegende Aufträge nur so terminmäßig erledigt werden können. Diese Bestimmung ist außerordentlich weitgehend. Die Laufdauer der Vereinbarung endet am 30. September 1932 bei einmonatiger Kündigungsfrist.

Die christlichen Gewerkschaften haben der Vereinbarung bereits zugestimmt. Die freien und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften bezielten sich die Erklärung bis Mittwoch 12 Uhr vor.

## Vorsig nimmt Abschied. Sein Nachfolger noch unbekannt.

Wie die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände mitteilt, wird ihr Vorsitzender, Geheimrat Kommerzienrat Dr.-Ing. ehrenhalber Ernst von Vorsig, sein Amt, das er seit dem 18. März 1925 innehat, nach Ablauf dieses Winters niederlegen. Maßgebend für diesen Entschluß seien Gründe gesundheitlicher Art und die Unmöglichkeit, sich neben seiner starken Inanspruchnahme für seine eigenen Unternehmungen auf die Dauer den mit der Führung des Vorsiges in der Vereinigung verbundenen verantwortungsvollen Arbeiten mit der gleichen Intensität wie bisher zu widmen. Darüber, wer Nachfolger Vorsigs werden wird, liegt noch keine Entscheidung vor.

Man kann Herrn von Vorsig das Zeugnis nicht verjagen, daß er die Interessen der Unternehmer mit Zähigkeit und Hartnäckigkeit vertreten hat. Daß unter seiner Leitung die Vereinigung der Arbeitgeber-Verbände in dem Bestreben, die Arbeiterschaft unter allen Umständen zu bekämpfen, immer mehr zu einer politischen Vereinigung wurde, ist auch nicht zum wenigsten das Verdienst Vorsigs. Diese Tendenzen schlugen in ihrer Wirkung schließlich in ihr Gegenteil um. Der Trümmerhaufen unserer Wirtschaft legt Zeugnis dafür ab, daß die Unternehmer, wenn sie die Klassenkraft zerstören, damit zugleich ihre eigene Wirtschaft schädigen.

## Das Recht auf Weihnachtsgratifikation. Die Rechtsprechung.

Die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen die Angestellten Anspruch auf Weihnachtsgratifikationen haben, ist in diesem Jahre besonders aktuell. Es war daher zu begrüßen, daß sie von der Deutschen Welle in einem Vortrag von Professor Dr. E. Rölliger-Greifswald vom arbeitsrechtlichen Standpunkt erörtert wurde.

Professor Rölliger legte dar, daß es sich nach der heutigen allgemeinen Auffassung bei der Weihnachtsgratifikation nicht um

ein Geschenk, sondern um einen Teil der Entlohnung handelt. Diese Auffassung finde ihren Ausdruck im Einkommensteuergesetz und in den Entscheidungen des Reichsoberverwaltungsamtes, denen zufolge die Weihnachtsgratifikation anteilmäßig bei der Angestellteneversicherung zu berücksichtigen ist, auch wenn sie freiwillig, ohne Rechtsverpflichtung gegeben wird.

Wird allerdings der Angestellte vor Weihnachten entlassen, so hat er kein Anrecht auf Gratifikation, auch nicht auf einen Teilbetrag. Ein solcher Anspruch kann nur dann geltend gemacht werden, wenn sich der eindeutige Beweis erbringen läßt, daß die Entlassung erfolgte, um die Gratifikation zu sparen. Andererseits aber besteht ein Anspruch auf die Gratifikation, auch wenn der Angestellte erst im Laufe des Jahres seinen Posten angetreten hat, falls die Gewährung einer Gratifikation als arbeitsüblich anzusehen ist — das gilt für Hausangestellte — oder aber bei der Firma gebräuchlich ist.

Will die Firma diesen Rechtsanspruch verhindern, so kann sie es nur, indem sie allen Angestellten von vornherein, also bereits bei Zahlung der ersten Gratifikation, diese unter dem Vorbehalt ausshändig, daß sich daraus keinerlei Rechtsansprüche ergeben. Später ist dieser Vorbehalt nicht mehr möglich. Ein Verzicht auf die Gratifikation oder ihre Herabsetzung kann nur durch gültige Vereinbarung mit den Angestellten erreicht werden oder — auf Grund einer eben veröffentlichten Entscheidung des Reichsarbeitsgerichtes — durch eine „Einbebung“ der Gratifikation in den Tarifvertrag. Sonst jedoch ist, nach der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichtes, der Arbeitgeber verpflichtet, die Gratifikation in der bisher üblichen Höhe zu zahlen.

Auf Grund der Bestimmungen über die Herabsetzung der Höchstgehälter in der dritten Notverordnung ist allerdings auch eine Herabsetzung der Gratifikationen gegen den Willen der Angestellten möglich, allerdings nur, wenn es sich um Einkommen über 15 000 M. jährlich handelt.

## Neuer Schlichtungsversuch für Maßschneider. Verhandlungen am 17. und 18. Dezember.

In der Herren- und Damenschneiderei bestand seit September 1919 bis 15. November 1931 ein Reichstarifvertrag. Von den Unternehmern wurde er am 1. Mai zum 31. Juli 1931 gekündigt. Zuvor der Kündigung war, neben einer Verschlechterung der Akkordbasis um etwa 18 bis 20 Proz., einen Doppeltarif zur Einführung zu bringen. Nach Scheitern der Parteierhandlungen wurde unter Vorsig des Schlichters, Professor Dr. Brahn, am 6. August ein Schiedspruch gefällt, nach dem bis zum 15. November ein Provisorium geschaffen wurde.

In der Zwischenzeit haben sich die Vertragsparteien in mehrfacher Verhandlung über eine große Zahl von Tarifpositionen geeinigt. Ueber die offen gebliebenen Streitfragen hatte in einer zentralen Verhandlung als zugezogener Unparteiischer Professor Dr. Brahn einen Einigungsvorschlag unterbreitet, der aber von beiden Parteien abgelehnt wurde.

So entstand ein tarifloser Zustand, in dem die Unternehmer veruchten, ihre ursprünglichen überspitzten Forderungen einseitig durchzusetzen, während die Filialen des Deutschen Beschäftigtenverbandes Forderungen zur örtlichen Tarifregelung einreichten. Auf Anweisung der Unternehmerzentrale wurden jedoch Verhandlungen, auch vor den Schlichtungsausschüssen, abgelehnt. Trotzdem ist eine Anzahl Schiedsprüche zustande gekommen, während die meisten Schlichtungsausschüsse die Termine wohl in Rücksicht auf die kurz bevorstehende Notverordnung verjagten.

Nachdem nun die Notverordnung vom 8. Dezember in das Lohn- und Tarifrecht eingreift, haben die Tarifparteien sich zwingend wieder gefunden, und vereinbart, unter Vorsitz eines aus den Herren Professor Dr. Brahn, Regierungsrat Dobbertin und Dr. Roscher-Dresden bestehenden unparteiischen Kollegiums einen

Zum Schutz gegen Halsentzündung und Erkältung Panflavin-PASTILLEN







# Leute zu Tietz: gute und billige Lebensmittel einkaufen!

Verkauf soweit Vorrat. Mengenabgabe vorbehalten. Preise nur Dienstag und Mittwoch. Fleisch u. leichtverderbliche Waren sind vom Versand ausgeschlossen. Zusendung von Lebensmittel bei Bestellung v. 5,00 an

Frisches Fleisch	Wurstwaren
Schweinebauch ohne Beilage Pfd. 0,64	Hausmachersülze Pfd. 0,45
Schweineschinken mit Bein Pfd. 0,68	Dampfwurst Pfd. 0,75
Schweinekamm oder -Schutt, ohne Beilage Pfd. 0,70	Jagdwurst Pfd. 0,92
Schweinekotelett Pfd. 0,74	ff. Leberwurst Pfd. 1,08
Kassler mild Pfd. von 0,68	Zervelat od. Salami Pfd. 1,15
Rückenfilet bratfertig Pfd. 0,58	Fetter Speck Pfd. 0,72
Eisbein mit Spitzbein, gepökelt Pfd. 0,56	Magere Speck Pfd. 0,95
Bratwurst Berliner Art Pfd. 0,84	
Schweineköpfe mit Backe Pfd. 0,36	<b>Fische u. Räucherw.</b>
Hammelvorderfl. Pfd. 0,64	*Kabeljau K. L. g. Pfd. 0,18
Kalbshack a. R. Pfd. 0,48	*Seelachs K. L. g. Pfd. 0,18
Suppenfleisch Pfd. 0,54	*Rotbars Pfd. von 0,20
Rinderlungen Pfd. 0,26	*Schellfisch a. L. g. Pfd. 0,16
Rinderherzen Pfd. 0,38	*Kabeljaufilet Pfd. 0,30
Rinderbacken Pfd. 0,30	Bücklinge Pfd. von 0,32
Euter Pfd. 0,22	Schellfisch ger. Pfd. v. 0,34
Gefr. Hammelfl. Pfd. v. 0,48	Seelachs geruch. Pfd. 0,40
	Rotbars geruch. Pfd. 0,40
	Sprotten Kiste ca. 1 Pfd. brutto von 0,30
	IVASSI russische Sardines. act. 2 Dose 0,75
	*in allen Häusern außer Adressat.

BACKARTIKEL	
Weizenmehl Pfd. 0,22	Zitronat Pfd. 1,00
Auszugmehl Pfd. 0,26	Orangeat Pfd. 1,00
Sultaninen Pfd. von 0,38	Mandeln Pfd. von 1,40
Korinthen Pfd. 0,56	Mohn blau Pfd. 0,36
Rosinen Pfd. 0,46	Mohn weiss Pfd. 0,52
Molkereibutter Pfd. 1,10	Palmbutter 2 Pfd. 0,75
Allerbeste deutsche Markenbutter Pfd. 1,32	Rohschmalz od. Bratenschmalz Pfd. 0,52
Margarine 2 Pfd. 0,75	Kalketer 10 Stück 0,48
Frisch gebrannter Kaffee Pfd. von 1,80	

Konserven 1/2 Dose	
Prinzessbohnen mit Speck 0,65	gefroren Pfd. 0,65
Kalif. Stangenspargel 1,98	
Rhein. Pfäumen m. St. 0,62	
Ananas in Scheiben 1,10	
Span. Aprikos.-Komp. 0,68	
<b>Obst</b>	
Jaffa-Apfelsinen 3 Pfd. 0,75	
Apfelsinen 3 Pfd. 0,46	
Mandarinen 3 Pfd. 0,58	
Tafeläpfel Pfd. von 0,24	
Walnüsse Pfd. von 0,28	
Paranüsse Pfd. von 0,44	
Haselnüsse Pfd. von 0,48	
<b>Gemüse</b>	
Rot-od. Weisskohl Pfd. 0,06	
Wirsingkohl Pfd. 0,06	
Sellerie Pfd. 0,06	
Rübchen Pfd. 0,06	
Rosenkohl 2 Pfd. 0,25	

<b>Gänse 0,65</b>
gefroren Pfd.
<b>Gänse 0,72</b>
frisch Pfd.
<b>Wolghühner 0,70</b>
gefroren Pfd. von
<b>Suppenhühner 0,70</b>
frisch Pfd. von
<b>Enten 0,75</b>
Pfd. von
<b>Tilsiter 0,68</b>
vollfett Pfd.
<b>Steinbuscher 0,72</b>
vollfett Pfd.
<b>Aprikosen 0,38</b>
persische Pfd.

## HAUSHALTARTIKEL

„Hertie“-Mop imprägniert, in Dose, m. Stiel, Gr. 11 3,00 Gr. 2,00 Hand-Mop 0,95	Bohnerwachs 2-Pfd.-Dose 0,95 1-Pfd.-Dose 0,50
„Hertie“-Mop-Polier 300-g.-Fl. 0,95	Sämisch-Fensterleder Stück 1,90, 1,45, 0,95
250-g.-Flasche 0,50	Imprägnierte Putztücher „Hao“ Stück 0,25
Gummi-Haushalthandschuhe Marke „Regia“ Paar 1,50	„Heisselmannchen“ Stück 0,50, 0,25
Marke „Hertie“ Paar 0,95	Silberputzseife Stück 0,50, 0,35
Gummi-Wärmflaschen 2. Wahl, verschied. Größen, Stück 1,95, 1,65, 1,45	

## Christbaum-schmuck in grosser Auswahl Enorm billig!

## CHRISTBAUMKERZEN

Motard - Stearin - Kronenkerzen 6, 8, 12er pro 1-Pfd.-Karton 0,95

Motard - Stearin - Lichte 12, 18, 24er pro 1/2-Pfd.-Karton 0,55

Alabaster-Kompositions-Kronenkerzen 6, 8, 12, 18er, pro 1-Pfd.-Kart. 0,50

Alabaster-Kompositions-Baumlichte 12, 18, 24er, pro 1/2-Pfd.-Karton 0,35

Advents- und Rauchtischkerzen Stück 0,06, 0,08, 0,10 usw.

Wachs-Baumlichte 10<sup>0/10</sup> 12, 18, 24er pro 1/2-Pfd.-Karton 0,95

Wachsstöcke 10%, 30 g. Stück 0,25

100 g. Stück 0,45 250 g. Stück 1,10

Kleine Zierkerzen 2 Stück 0,15

Grössere Kerzen reich verziert (Leibnizlichter) Stück 0,30, 0,35, 0,40

## Theater, Lichtspiele usw.

**Staats Theater**  
Dienstag, den 15. Dezember  
**Staatsoper Unter den Linden**  
19 1/2 Uhr: Neulustensierung  
**Così fan tutte**

Stadt-Schneepalast  
20 Uhr  
**Wallensteins Tod**

Schiller-Theater  
20 Uhr  
**Datterich**

**Winter Garten**  
8.15 Uhr Flora 3434 Rauben erlaubt  
**Das beliebte Clown-Trio Barraceta**  
Gsovsky-Ballett, Luisita Leers „Paolo“ der jüngste Ball-Jongleur usw.

**Städt. Oper**  
Charlottenburg  
Bismarckstr. 34  
Dienstag, d. 15. Dez.  
Turnus I  
Anfang 20 Uhr  
**Die verkaufte Braut**  
Ende 22,45 Uhr

**Volksbühne**  
Theater am Hildeplatz  
8 Uhr  
**Die Gräfin von Saffstein**

Städt. Schiller-Theater  
5 Uhr  
**Datterich**

**Lichtburg, Berlin-Gesundbrunnen**  
Tonfilm:  
**Die große Fahrt**  
m. Arnold Korff, Maria Lesing, Theo Shall, Ulrich Haupt u. a.

Bühne:  
**Ferdy Kauffmann**  
der Rundfunkstar mit seinen 14 Solisten  
Von d. Gavotte b. z. Rumba  
Jugendliche Zutritt

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr  
Lothringer Straße 37.  
**Wenn Kinder heiraten**  
und das große Fest-Programm!  
Gutschein 1-4 Personen: Parkett 50 Pf., Parquet 1.-, Mark, Sessel 1-50 Mark.  
An allen Feiertagen nachm. 3 Uhr für Erwachsene und Kinder  
**Vaterns Wunderkur**  
und das Fest-Programm.  
Preis: 30 Pf., 0,50, 0,75, 1.- Mark.

ZIEHUNG 19. UND 21. DEZEMBER 1931

**Arbeiterwohlfahrt**  
Duisburger-Lohn

**50 Pf**

DOPPELLOSE 1.- RM.  
PORTO UND LISTE 30 Pfg. EXTRA

143 696 GEWINNE UND 2 PRÄMIEN IM GESAMTWERTE VON RM.

**500 000**  
HÖCHSTGEWINN AUF EIN DOPPELLOSE IM WERTE VON RM.

**60 000**  
HÖCHSTGEWINN AUF EIN EINZELLOSE IM WERTE VON RM.

**30 000**  
2 HAUPTGEWINNE IM WERTE VON JE RM.

**20 000**  
2 HAUPTGEWINNE IM WERTE VON JE RM.

**15 000**  
U. S. W. U. S. W.

**Das geduldige Albion**  
von Paul Banks, Roman, aus dem Englischen Übersetzt von Karl Kern. 244 Seiten. Ganzleinenband.

Dieses Buch ist ausserordentlich für deutsche Leser geschrieben. Es schildert die unmittelbare Gegenwart der englischen Arbeiterbewegung. Geduldig wird dieses Albion deshalb genannt, weil der überwiegende und gerade der wertvollste Teil des englischen Volkes sein teures Los immer noch abgegebene hinnehmen. Dieses Buch macht die zu Weihnachten lesen und verschenken!

Sein Preis: 4,50 RM. (für Mitglieder Sonderpreis)

Verlag Der Bücherkreis GmbH, Berlin SW 40  
Zu beziehen durch:  
**Der Bücherkreis G. m. b. H.**  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7

**SCALA**  
Tägl. 5 u. 8 1/2 Uhr  
**NONI COLITA BEVAVENTE**  
und das große Weihnachts-Programm.

Achtung! Beachten Sie den Verkauf für die Feiertage täglich ab 10 Uhr einbrechen!

**GR. SCHAUSPIELHAUS 8**  
**Hoffmanns Erzählungen**  
REINHARDT INSZENIERUNG  
Jeden Dien., Mittw., Donn. u. Sonnab. 3 1/2  
**Das große Zaubermärchen Pflm Pflm!**  
Preis der Plätze von 75 Pfennig an

**Deutsches Theater**  
8 Uhr  
**Antonius und Cleopatra**  
von Shakespeare  
Regie: Felix Hilpert

**Die Komödie**  
8 1/2 Uhr  
**Jemand**  
von Franz Molnar  
Regie: Gustaf Gründgens mit Albert Bassermann

**PLAZA**  
Täglich 5 u. 8 1/2 Uhr  
Ab morgen 16, 12, 10 Uhr

**PAGANINI**  
von Franz Lehár  
Sachl. letzter Tag  
„Der Graf von Luxemburg“

Achtung! Der Verkauf für die Feiertage hat bereits begonnen!

**Haus Vaterland**  
Pflm Pflm  
Restaurant  
Berlins  
BETRIEB KEMPINSKI

**Theater im Admiralspalast**  
Täglich 8 1/2 Uhr und an den drei Weihnachtsfesten nachmittags und abends

**Die Dubarry**  
mit Gitta Alpar  
Preis v. 0,50 Mk. an

**Theater am Nollendorferplatz**  
Regie: Felix Hilpert  
Täglich 8 1/2 Uhr  
Sonntag 4 1/2 Uhr

**Gasparone**  
Mittwoch 4 Uhr  
Kochel-Sapporetti führt ins Würtembergland

**Adele-Hotel, Kipsdorf**  
(früher Kurhaus Fürstenhof)  
Oestl. Erzgebirge, 600 m  
Fließendes warmes und kaltes Wasser im Zimmer  
Zentralheizung - Bäder

**Berliner Uk-Trio**  
Neukölln. Lahnstr. 74/75 J

Es ist erschienen:  
**Der sozialdemokratische Abreißkalender 1932**

In Kupfertiefdruck hergestellt. Er bringt historische Daten aus der Arbeiterbewegung, astronomische Angaben (Sonnenauf- und -untergänge, Mondphasen, Planetenbewegung usw.). Gute Bilder beleben den Kalender, so daß er in jedem Haushalt, in jedem Büro eine Zierde darstellt. Der Kalender kostet 2.- RM. Zu haben in allen Vorwärts-Filialen und bei allen Zeitungsabnehmern.

**Rose-Theater**  
Gröbe Frankfurter Straße 132  
Tel. Wobau 2 7 3422  
8.15 Uhr

**Die keusche Susanne**

**Planetarium am Zoo**  
3, 5, 7, 9 Uhr  
**Film um Königsee und Walzmann**

**Herde 18**  
MONATS-RATEN

**Raddatz**  
Berlin, Leipzigerstr. 129/30

**Blumenspenden**  
jeder Art  
Lieferart preiswert

**Paul Golietz**  
vormals Robert Mayer  
Mortensenstr. 3  
F 8, Oberbaum 1303

**Duisburger-Lohn**  
50 Jahre  
Speziallot  
**Conrad Müller**  
Schneepalast

**Glücksbriefe** mit 10 Losen 5 RM.  
mit 20 Losen 10 RM.  
Sämtliche Gewinne werden auf Wunsch mit 50 Prozent ausgeschütt.

Lose zu haben bei den Kreisleiterinnen der Arbeiterwohlfahrt, Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft, Vorwärts-Filialen, Wertheim, Singer und Hermann Tietz.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Achtung, Brüder!  
Die Vertrauensmännerkonferenz des DVBA fällt am Donnerstag, dem 17. Dezember 1931, aus.  
Die Ortsverwaltung.

Koch kurzem schmerzlichen Leiden verchied am 13. Dezember mein lieber Mann, unser guter Vater, der Gutsbesitzer

**Carl Helwich**  
im 77. Lebensjahre.

Zu tiefer Trauer  
**Clara Helwich u. Kinder**  
Berlin R 65, Müllerstr. 31

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 17. Dezember, vormittags 11 Uhr, im Krematorium Gröbe-Str. 130, statt.

**MOBELFABRIK PROPELLERWERK**  
**HEINE SCHLAFZIMMER**  
direkt ab Fabrik  
Engrospreise  
WARSCHAUER STR. 58  
BERLIN O 34

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsratsmitglied Berlin  
**Todesanzeige**  
Der Mitglieder zur Nachricht hat unser Kollege, der Arbeiter

**Max Paetzoldt**  
geboren 31. Dezember 1889 am 11. Dezember gestorben ist

Seine letzten Wünsche:  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 16. Dezember, mittags 12 Uhr, im Krematorium Gröbe-Str. 130, statt.  
Seine Beerdigung wird erspart.  
Die Ortsverwaltung

**Achtung!** Wir suchen an allen Plätzen Genossen mit guten Referenzen als **Vertreter und Hausierer für Kokusfußmatten** bei gutem Verdienst. **Produktivgenossenschaft Rendsburg e. G. m. b. H.**

**Geschäftsführer gesucht**

Die Buchdruckerei Kaden & Comp. (Verlag der Dresdner Volkszeitung) sucht wegen Pensionierung des jetzigen Stelleninhabers zum 1. April 1932 einen Geschäftsführer. Bewerber wollen sich bis zum 15. Januar 1932 an den Unternehmensleiter wenden.

**Wilhelm Franké**  
Vorsitzender der Zeitungskommission  
Dresden, A. 30  
Schmalzengasse 14